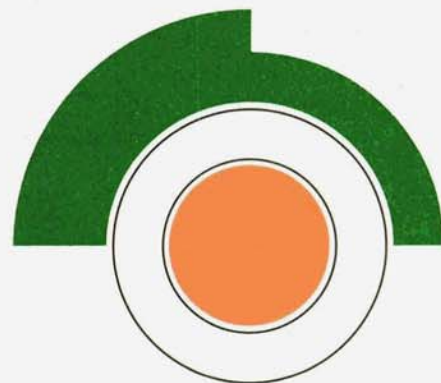


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 6



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 24. 3. 1992

## Kann Landesregierung zur Beantwortung Mündlicher Anfragen gezwungen werden?

Zu einem Exkurs über das Fragerecht des Parlaments und die Antwortpflicht der Regierung in den Fragestunden des Landtags ist es am 18. März im Verlauf der Mündlichen Anfrage 264 des Grünen-Abgeordneten **Dr. Manfred Busch** gekommen. Der Abgeordnete hatte unter der Überschrift „Finanzminister als Interessenvertreter von Thyssen?“ kritisiert, der Zwischenkauf der kontaminierten Grundstücke in Oberhausen durch das Land habe die Firma von Haftungsverpflichtungen und Sanierungskosten befreit und damit das Verursacherprinzip bei der Beseitigung von Umweltschäden auf den Kopf gestellt. **Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) verwies auf den von der Opposition beantragten Untersuchungsausschuß, in dem diese Frage geklärt werden solle und erklärte für die Landesregierung, nach ihrer Auffassung gehöre es „auch zum Respekt vor dem von der Minderheit beantragten Untersuchungsausschuß und seiner Aufklärungsarbeit, die Frage dort zu beantworten“. Der Fragesteller wiederum sah darin einen schwerwiegenden Akt der Mißachtung des Informations- und Fragerechts des Parlaments. **Hagen Tschöeltsch** (F.D.P.) sah das Verhalten der Landesregierung durch die Geschäftsordnung des Landtags nicht gedeckt, dort finde sich kein Hinweis darauf, daß die Regierung die Beantwortung einer Frage verweigern könne. Für die CDU erklärte **Heinz Hardt**, das Parlament könne von der Regierung eindeutig verlangen, daß gestellte Fragen im Plenum auch beantwortet werden. Weitere Fragen zur Geschäftsordnung schloß Vizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** mit der Bemerkung aus, in der Geschäftsordnung werde das Verfahren der Frage und Antwort geregelt, nichts aber zum Inhalt ausgesagt. Die Landesregierung habe Antworten gegeben, „auch wenn sie einen Teil dieses Hauses offensichtlich inhaltlich nicht befriedigen“.

## Landtag setzt Parlamentarischen U-Ausschuß ein Kontinuität in der Strukturpolitik

Der Landtag wird am heutigen Dienstag auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen (siehe auch Seite 16). Vorsitzender soll der SPD-Abgeordnete **Bodo Hombach** werden.

Die Einsetzung des U-Ausschusses war schon für den vergangenen Donnerstag geplant, wegen der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen früheren Ministerpräsidenten **Heinz Kühn** jedoch verschoben worden.

Die Plenarsitzung heute beginnt mit einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD zum Thema „Konsolidierung des Staatshaushalts — Keine Sanierung durch Sozialabbau, Länder und Gemeinden brauchen Klarheit über Pläne der Bundesregierung“.

Ferner will sich das Parlament mit Kontinuität in der Strukturpolitik, regionaler Wirtschaftspolitik, Empfehlungen der Mikat-Kommission und Strukturpolitik in den Montanregionen in einem zusammenfassenden Tagesordnungspunkt befassen. Gesetzentwürfe zur Änderung der Landesverfassung und eines Landesministergesetzes von F.D.P. und CDU in Verbindung mit einem

Grünen-Antrag auf wirtschaftliche Inkompatibilität schließen sich in der Beratung an. Die Einschränkung von Nachtarbeit, ein 5. Rundfunkänderungsgesetz und Fachhochschuleinrichtungen stehen weiter auf dem Programm.

## Die Woche im Landtag

### Abschied

Bei einem Staatsakt in der Kölner Philharmonie nahmen rund 1500 Trauergäste Abschied von dem verstorbenen früheren Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, **Heinz Kühn**. (Seite 2)

### Forschungszentrum

Die Förderung eines gemeinnützigen Forschungszentrums für Mikrotherapie in Bochum durch das Gesundheitsministerium ist von der Opposition kritisiert worden. (Seite 5)

### Fakultät

Alle Fraktionen haben im Wissenschaftsausschuß das Anliegen der Universität Düsseldorf unterstützt, eine juristische Fakultät einzurichten. (Seite 8)

### Breitensport

Über die Umsetzung von Breitensportangeboten im Land hat sich der Sportausschuß bei einer Anhörung unterrichten lassen. (Seite 9)

### Datenbanken

Die Nutzung von Datenbanken der Landesregierung durch den Landtag hat der Hauptausschuß beraten. (Seite 10)

### Reiterstandbild

Unweit des Landtags im Düsseldorfer Hafen wird letzte Hand an das Reiterstandbild **Wilhelm I.** gelegt, das zum Deutschen Eck zurückkehren soll. (Seite 20)



Das kommt auf uns zu

Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

## Staatsakt für den verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten in Kölner Philharmonie

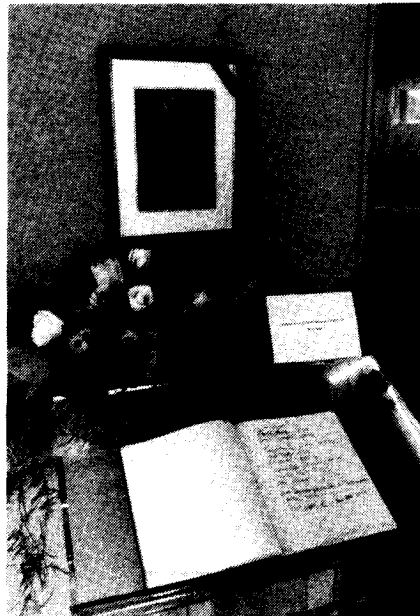
# Rau und Brandt würdigten ihren „streitbaren Freund“

Mit einem Staatsakt in der Kölner Philharmonie haben am Donnerstag, 19. März 1992, rund 1500 Trauergäste Abschied von dem verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), genommen. Die Trauergesellschaft führten Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.), Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU), das vollständig versammelte nordrhein-westfälische Landeskabinett, der ehemalige NRW-Ministerpräsident Franz Meyers (CDU), der Kölner Kardinal Joachim Meisner und die SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, Rudolf Scharping und Manfred Stolpe, an. Für das Düsseldorfer Landesparlament erwies Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe dem Verstorbenen die letzte Ehre. Ferner nahmen die Vorsitzenden und Spitzen der im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Fraktionen, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) sowie der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender, an den Kölner Trauerfeierlichkeiten teil. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt würdigten den Verstorbenen als einen verdienten Politiker in Land, Bund und Europa sowie einen in „Wort und Schrift streitbaren Freund“.

In seiner Ansprache sagte Johannes Rau: „Das ist gewiß: Unser Land Nordrhein-Westfalen hat mehr als eine prägende politische Kraft verloren, mehr als einen verdienstvollen und erfolgreichen Ministerpräsidenten. Nordrhein-Westfalen nimmt Abschied von einem politischen Menschen, der sich bewährt hat in der Arbeiterjugend und in staatsmännischer Aufgabe, in leidenschaftlicher Debatte und im großen politischen Entwurf, schon früh in der Analyse der politischen Kämpfe und ein ganzes Leben hindurch doch auch ein nüchterner Visionär, in Regierung und Opposition. Heinz Kühn war ein Parlamentarier durch und durch.“ Rau fuhr fort, in den großen Debatten unseres Landtags, in den zehn Jahren Bundestag, als es um die Kernfragen unserer Politik gegangen sei, sei ihm gegeben gewesen, das Wort im Meinungskampf so einzusetzen, daß Verbindungslinien sichtbar geworden seien von rhetorischer Eleganz und farbigen Gedanken, von Rede und Redlichkeit. „Können wir uns heute nicht ein wenig mehr von dieser ‚Streitkultur‘ wünschen, die für Heinz Kühn sein Leben lang Selbstverständlichkeit war?“, fragte der Ministerpräsident und folgerte: „Dieser Wesenszug ist oft an ihm gerühmt worden. Haß und Rachsucht gab es bei ihm nicht, bei aller Leidenschaft des politischen Kampfes. Schon gar nicht gab es jene Form der Komplizenschaft, die sich mal streitet, mal verträgt — je nachdem, wie der eigene Vorteil es erfordert. Immer war ein Stück Herzlichkeit und Heiterkeit dabei — Menschlichkeit!“

Rau erinnerte daran, zwölf Jahre lang habe Heinz Kühn die Geschicke Nordrhein-Westfalens geprägt. Er habe Spuren hinterlas-

sen. Es seien schwierige Jahre gewesen. Jahre der Krise, des Umbruchs und des Aufbruchs zu neuen Ufern — landes- und bundespolitisch. Heinz Kühn habe an wichtigen Stellen mitgeholfen, der Politik in Deutschland neue Perspektiven zu geben. Nordrhein-Westfalen habe mit Heinz Kühn einen Ministerpräsidenten gehabt, der sich mit seiner ganzen Kraft immer im Dienst für die Menschen gesehen habe; der sich damit um unser Land verdient gemacht hat. Nur wenige schafften es, im Widerstreit zwischen Lebensraum und Lebenswirklichkeit sich selber treu zu bleiben wie Heinz Kühn bis zu seinem letzten Atemzug.



Die um Heinz Kühn trauerten, konnten sich im Foyer des Landtags in ein Kondolenzbuch eintragen. Foto: Schüler

Mit ihm habe es in Düsseldorf einen Neubeginn gegeben — aber keinen Bruch: Rau erinnerte an die Umgestaltung der Lehrerbildung und die Erneuerung der wissenschaftlichen Hochschulen. „Ich denke an die Kommunale Gebietsreform. Ich erinnere an den Kampf um die Kohle und ihre sinnvolle Zukunftsnutzung. Und ich erinnere auch an die Jahre der Hochschulgründungen: Mit unabwiesbaren Innovationen und Investitionen haben wir schon damals die entscheidenden Weichen gestellt für die Bewältigung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen.“

Auch nach seinem Abschied vom Amt des Ministerpräsidenten habe Heinz Kühn den Menschen und der Politik des Landes gedient. Als Mitglied des ersten gewählten Europäischen Parlaments. Als Ausländerbeauftragter der Bundesregierung, jahrzehntlang in den Gremien des Westdeutschen Rundfunks. Das sei sein liebstes, sein ihm wichtigstes Feld gewesen. Hier habe der Journalist aus Leidenschaft daran mitwirken können, das liberale Profil eines Senders zu schärfen.

Heinz Kühn, der sich auf August Bebel und Ferdinand Lassalle und auf Jean Jaurès habe berufen können, habe die ethische Herausforderung von Politik begriffen, die er

für unsere Zeit und nicht nur für die Sozialdemokraten reklamiert habe: nämlich „den Staat menschlicher zu machen“ und „demokratischen Patriotismus mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden“. Rau schloß: „Wir verneigen uns vor dem Politiker, vor dem Patrioten und Demokraten Heinz Kühn.“

Willy Brandt erklärte unter anderem: „Wir nehmen Abschied von einem in Rede und Schrift streitbaren Freund. Dem — in Düsseldorf und Bonn wie in Straßburg — gewissenhaften Exabgeordneten. Dem sich selbst, nicht nur andere fordernden Staatsmann.“ Brandt verwies darauf, daß Heinz Kühn dem Vorstand der deutschen Sozialdemokraten ein gutes Vierteljahrhundert angehört habe. Wer in jungen Jahren durch Verfolgung und Exil geprägt worden sei, der habe nicht erwartet, mit musikalisch unterlegten Lobreden in der Heimat begrüßt zu werden. „Wir haben mit angepackt und im übrigen manches heruntergeschluckt“, sagte Brandt und nahm das Wort noch einmal auf: „Den Staat menschlicher machen.“ Denn unter dieser Losung sei Heinz Kühn — aller Bitternis zum Trotz — zu Aufbau und Bewährung angetreten.

„Bewähren mußte sich auch seine Partei mit denen, die dem Terror zu entrinnen vermochten. Um den neuen Auftrag mußten sie zu streiten fähig sein, untereinander und mit anderen. Und sie durften dem Zwang zur Zusammenarbeit — nicht nur zum Wettbewerb — in der Demokratie nicht ausweichen. Heinz Kühn hat dies früh verstanden, bei aller Begabung zur polemischen Pointe.“ Wichtig sei ihm hier und jetzt, betonte Brandt, ein deutlicher Hinweis darauf, wie sich Heinz Kühn zum Thema „Ausöhnung“ eingelassen habe. Er sagte, ein Volk müsse mit seiner Vergangenheit fertig werden. Kein Pardon für kriminelle Übeltäter. Doch für diejenigen, die als junge Menschen aus einem irregeleiteten Idealismus mitgemacht hatten, für die empfinde er „Verständnis, manchmal sogar Sympathie.“ „Ich wünschte mir, Heinz Kühn hätte mit seinem Rat auch jetzt noch helfen können, wo durch neuen Übereifer — oder durch was immer — viel neue Ungerechtigkeit produziert zu werden droht.“

Brandt unterstrich, Heinz Kühn habe als anständiger Demokrat gelebt, so habe er gestritten, so habe er auch gelitten. Dieser Mann sei ganz gewiß nicht frei von Selbstzweifeln gewesen. „Seine Philosophie war eine des Skeptizismus, und darin bestärkte ihn das Wissen, sein Wissen um die Welt.“ Zum Abschluß wandte sich Willy Brandt mit der Anrede „Liebe Marianne Kühn, lieber Hendrik Kühn!“ direkt an die Hinterbliebenen. Er sagte: „Unser Mitgefühl kann Ihre, kann Eure Trauer kaum lindern. Doch wir stehen hier nicht mit leeren Händen! Heinz Kühn hat uns viel gegeben, und das kann uns niemand nehmen. Ich denke, ich kann sagen, vereint in dankbarer Erinnerung an einen bedeutenden Mann werden wir versuchen, nahe beieinander zu bleiben. Denn wir leben nicht, frei nach Heinz Kühn, um über Finsternis zu klagen, sondern um immer wieder ein Licht anzuzünden — jenes der Solidarität und der Verantwortung, die wir füreinander tragen.“

## Landtag nahm in Schweigeminute Abschied von Heinz Kühn

Des verstorbenen früheren Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD) hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 18. März 1992 in einem mündlichen Nachruf vor dem Plenum gedacht. Die Abgeordneten erhoben sich zu einer Schweigeminute.

Wörtlich erklärte die Präsidentin: „Vor wenigen Wochen hatte ich die Ehre, in Ihrem Namen von diesem Platz aus unserem langjährigen Ministerpräsidenten und Landtagskollegen Heinz Kühn zum 80. Geburtstag zu gratulieren. In der vergangenen Woche ist Heinz Kühn verstorben. Heinz Kühn hat seine Schaffenskraft, sein Wissen und sein Können in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gestellt. Er hat in und für Nordrhein-Westfalen Geschichte gemacht. Er wird uns immer ein Vorbild bleiben.

Lassen Sie mich an ein letztes persönliches Wort erinnern, das er vor dem Landtag aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Amt des Ministerpräsidenten im September 1978 gesprochen hat: ‚Ich bin niemandem in diesen Jahren feindlich gesonnen gewesen, niemandem unter meinen Freunden und niemandem unter meinen Gegnern. Ich würde jedoch daran ersticken, eine Überzeugung zu unterdrücken, nur weil sie meinen Freunden mißfällt. Und ich würde mich elend fühlen, einen Streit mit dem Gegner zu unterlassen, der durch die Wahrheit mir geboten erscheint!‘ In diesem Sinne nehmen wir in Verehrung und Dankbarkeit Abschied.“



Letztes Geleit für Heinz Kühn: Bergleute der Bottroper Zeche Prosper Haniel und Polizeibeamte tragen den Sarg aus der Philharmonie durch ein Spalier von Bergleuten und Polizisten. Im Hintergrund Ministerpräsident Johannes Rau mit der Witwe Marianne Kühn, Sohn Hendrik Kühn mit seiner Frau Eva sowie Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Christina Rau und Willy Brandt. Foto: Schüler

## Heinz Kühn — Politischer Kämpfer und Philosoph

Von  
Horst-Werner Hartelt

Schon in seinen besten Jahren sprach Heinz Kühn vom Tod, und dies mit einer merkwürdigen Bitte, die alle seine Zuhörer zutiefst erschreckte. Der „schönste Tod“, so der damals 65jährige Politiker, könnte für ihn sozusagen erwünscht eintreten, wenn er am Schluß einer Rede noch am Pult, vom Herzschlag getroffen, leblos zusammenbrechen würde...

Herzkrank schied Ministerpräsident Kühn 1978 aus seinem Amt, zehn Jahre später ereilte ihn des Nachts ein Gehirnschlag, der ihm die Sprache nahm. Kein Arzt konnte dem einst so Wortgewaltigen helfen. So nahm eine Tragödie ihre erschütternden Verlauf über Jahre hinweg. Einer der großen Redner seiner Zeit, ranggleich mit Carlo Schmid und Fritz Erler, fand keine Gnade. Der „schönste Tod“ eilte an Heinz Kühn vorbei, der selbstquälerisch ins Gräbeln versank, seinen bewunderten Freund Erik Nölting nicht vergessend. Dieses rednerische Vorbild, dieser Wirtschaftsprofessor und NRW-Wirtschaftsminister war 1953 im Alter von 61 Jahren beim letzten Wort seiner Rede am Mikrophon einem Herzinfarkt erlegen.

Heinz Kühn, ob Landtags- oder Bundestagsabgeordneter oder Europaratsmitglied, ob Ministerpräsident oder stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender an Willy Brandts Seite, der WDR-Mentor und Ausländerbeauftragte des Kanzlers Helmut Schmidt sowie Präsident der Friedrich-Ebert-Stiftung, schrieb sich in die Ge-

schichte ein. Daß er in diesen vielen Jahrzehnten auch zum skeptischen Philosophen wurde, der sich in den Niederungen der Politik kaum wohl fühlte, blieb vielen verborgen. Gemeinsam mit Ehefrau Marianne, einst Ratsherrin der Domstadt, schirmte der passionierte Schachspieler sein Privatleben ab.

Am Delbrücker Roteichenweg in Köln tummelten sich zwar an Geburtstagen zu Hunderten die Gratulanten, aber sonst blieb es meist still. Der Senior liebte seine eigenhändig sortierte Riesensammlung; die politische Literatur, aber nicht nur sie, ließen ihn nicht los. Fest verabredete Tagesabläufe voller Termine lösten sich plötzlich in Dialogen und Reflexionen auf, wenn hereingeschneite Gäste ihm intellektuelles Vergnügen bereiteten. Da konnte der Wagen mit dem Fahrer vor der Tür stundenlang vergeblich warten, da legten Sekretärinnen die Telefone still — über allen Gipfeln war Ruh'. Manch hochgebildeter Besucher, so der Heinrich-Heine-Forscher Professor Nathan Simon oder Dr. Leopold Senghor aus Westafrika und so viele andere Dichter und Denker, schieden verblüfft, wenn nicht schon manchmal fasziniert. Konversation, ob in Deutsch, Französisch oder Englisch, konnte Kühn zelebrieren, er zitierte Tocqueville und Hegel, Mirabeau und Lessing, daß es eine Freude war.

Kaum ein anderer deutscher Sozialdemokrat kannte Geographie und Kultur Afrikas

so gut wie Heinz Kühn — dort zog es ihn immer wieder hin. Am liebsten wäre er irgendwo zwischen Cabora Bassa und Madagaskar geblieben. Doch nicht etwa als Botschafter im herkömmlichen Sinne, eher als Schriftsteller, Fotograf, als wandernder Kosmopolit. Seine Sehnsüchte konnte der Besucher in Kühns Zimmern erahnen. Kunst aus fernen Ländern, vornehmlich aus Afrika, schmückten Wände, Decken, Türen und Vitriolen. Über das asketische Gesicht huschte ein Lächeln, wenn die Besucher staunend stutzten.

Kühl bis ans Herz musterte Kühn Bewerber um Ämter oder auch nur um Gunst, mißtrauisch wich er Schmeicheleien aus, obschon auch er selbst nicht frei von Eitelkeit war. Freundschaft schloß er als Endsechziger nur noch mit Willy Brandt, Herbert Wehner blieb ihm fremd, sein größter Freund im Geiste war Carlo Schmid; dem Amtsnachfolger Johannes Rau traute er zunächst nicht viel zu.

Die Politik ist arm und ärmer geworden an großen Persönlichkeiten. Heinz Kühn wußte das und floh doch in seinen gepflegten Sarkasmus, als er seinem letzten von insgesamt fünf auf einer Reiseschreibmaschine getippten Büchern voll schöpferischer Geschichtsschreibung die Worte von Theodor Storm voranstellte: „Ein Weilchen weiß vielleicht noch wer, was da gewesen, dann ist auch das vorbei, und weiter fegt der Besen.“



Auf Antrag der SPD unterbrach Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe die 57. Plenarsitzung am 18. März, um im Ältestenrat zu einer einvernehmlichen Lösung über den Stil parlamentarischer Auseinandersetzung zu kommen.

Foto: Schüler

## Industrieland Nordrhein-Westfalen hat großes Interesse an erfolgreichem Abschluß der GATT-Verhandlungen

Bei einer Debatte über die GATT-Verhandlungen war sich das Parlament überwiegend einig, daß diese auch wegen ihrer Auswirkungen auf das Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht scheitern dürfen. Aber bei Fragen etwa über den Umfang des Außenschutzes gingen die Meinungen auseinander. In direkter Abstimmung wurde ein Antrag der SPD angenommen und einer der Grünen abgelehnt. Ein Entschließungsantrag der CDU fand ebenfalls keine Zustimmung (Drs. 11/3355; 3202; 3428).

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) machte deutlich, man habe das erklärte Ziel nicht erreicht, wobei insbesondere die SPD-Fraktion offenkundig keine gemeinsame Entschließung wolle und statt dessen relativ schnell einen eigenen Antrag vorgelegt habe. Zuletzt seien in dieser Situation die Kooperationsbemühungen zwischen Grünen und CDU, insbesondere der Agrarpolitiker in der CDU, zerschellt. „Wir haben allerdings mit dieser Initiative etwas anderes bewirkt, nämlich offengelegt, daß die Gemeinsamkeit in der Landtagsdebatte mehr Schein als Sein war, und daß sich das wahre Gesicht der SPD und der Landesregierung jetzt an dieser Stelle offenbarte“, sagte die Abgeordnete. „GATT darf nicht scheitern!“ sei die wahre Position von Landesregierung und SPD. Die Forderungen der SPD zielten auf einen erfolgreichen GATT-Abschluß. Den Bauern werde nur noch ein angemessener Außenschutz in Aussicht gestellt.

**Gunther Sieg** (SPD) glaubte, daß alle, die sich hier in diesem hohen Hause mit Agrarpolitik beschäftigten, gewillt seien, den Landwirten in der schwierigen Situation, in der sie sich heute befänden, im Rahmen des Möglichen zu helfen. Sieg wies darauf hin, daß ein Prozent der Wertschöpfung in diesem Bundesland heute durch die Landwirtschaft erzielt werde, und daß alles andere, was hier an Wertschöpfung errechnet werde, durch andere Gewerbe- und Industriesparten sowie andere Bereiche erwirt-

schafftet werde. Unter diesem Gesichtspunkt müsse eine Antrag heute hier behandelt werden. Dabei komme man nicht darum herum, daß NRW einmal das industrielle Herz der Bundesrepublik Deutschland sei, daß es das Land mit der größten Wirtschaftskraft auch in einer neuen Region im kommenden Gemeinsamen Markt sein werde. Für ein solches Land hätten die seit fünf Jahren anstehenden Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Welthandelsabkommens einen ganz besonderen Stellenwert. Wegen der Landwirtschaft dürften deshalb die GATT-Verhandlungen nicht scheitern.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) betonte ebenfalls, das Industrieland Bundesrepublik Deutschland habe natürlich ein großes Interesse an einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen. Denn mehr als ein Drittel des Sozialprodukts und jeder vierte Arbeitsplatz hingen direkt oder indirekt vom Export ab. Ein Scheitern der GATT-Verhandlungen hätte weitreichende negative Folgen für unsere Volkswirtschaft, unter denen auch die Landwirtschaft zu leiden hätte. Es liege auch im Interesse der Landwirtschaft, daß die GATT-Verhandlungen bald zum Ende gebracht würden.

**Hagen Tschöeltsch** (F.D.P.) erklärte, die SPD habe in ihrem Antrag wesentliche Positionen der F.D.P. übernommen. Die SPD sage in ihrem Antrag unter anderem, zentra-

## Verfassungsgerichtshof besteht 40 Jahre: Wächter der Rechte der Bürger

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen (VerfGH) in Münster feiert am 26. März 1992 den 40. Jahrestag seiner Gründung. Sein heutiger Präsident, Professor Dr. Max Dietlein, nennt den Verfassungsgerichtshof „Wächter der Rechte der Bürger“. Dem „obersten Hüter der Landesverfassung“ können angezweifelte Gesetze zur „Normenkontrolle“ vorgelegt werden. Hauptkläger neben Landtag und Landesregierung bei dem obersten Verfassungsorgan sind die Kommunen. Von insgesamt 250 Verfahren, die zwischen 1952 und 1990 anhängig waren, betrafen 80 Prozent kommunale Verfassungsbeschwerden. Allein im Zusammenhang mit der kommunalen Neuordnung wurden 100 Gemeinden und Kreise in Münster vorgestellt. Acht von ihnen schafften es auf diesem Wege, ihre Selbstständigkeit zu wahren. Heute beschäftigen Kämpfe gegen Mülldeponien und für Golfplätze sowie das von 28 Gemeinden und Kreisen betriebene Verfahren gegen das Flüchtlingsaufnahmegesetz das Landesverfassungsgericht. Vorsitzender der Verfassungsrichter ist kraft Gesetzes stets der Präsident des Oberverwaltungsgerichts (OVG), das ebenfalls seinen Sitz in Münster hat. Dietleins Erster stellvertretender Präsident ist der Oberlandesgerichtspräsident von Düsseldorf, Heinrich Wiesen, Zweiter Vizepräsident Hamms OLG-Präsident Heinz Palm. Wahlmitglieder sind noch bis 1994 Hans Brox (Münster), Klaus Stern (Köln), Renate Jaeger (Münster) und Bernhard Schlink (Bonn).

les Anliegen müsse die Beendigung der subventionierten Agrarexporte der Industrieländer sein. Genau das sei der Grund, warum die F.D.P. dem SPD-Antrag zustimme. Was er an dem Beitrag der CDU und der Grünen überhaupt nicht verstehen könne, sei die Formulierung: Beibehaltung des europäischen Außenschutzes sicherstellen! Das heiße doch, daß CDU und Grüne die Beibehaltung dieser Schutzzölle in voller Höhe erhalten wissen wollen, und das sei ganz kaltschnäuzig der Versuch, unsere Märkte von den Exporten der Dritten Welt abzuschotten.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) bezeichnete es als absurd, im Zusammenhang mit GATT die industriepolitischen und die agrarpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und aller übrigen Industrieländer in der EG nicht gleichzeitig zu sehen. Der Minister wiederholte für die Landesregierung, wer den Landwirten draußen im Lande verspreche, daß man die GATT-Verhandlungen an der Agrarfrage oder an der nicht gelösten und verfehlten europäischen Agrarpolitik scheitern lassen dürfe und daß es eine Bundesregierung geben werde, egal in welcher Zusammensetzung, die das zuließe, der lüge in der Tat. Zum Außenschutz sagte der

Fortsetzung Seite 16

## Bochumer Institut: Opposition gegen eine Förderung „nach Gutsherrenart“

*Mit der Vergabe öffentlicher Mittel an ein Bochumer Institut durch den Gesundheitsminister hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde am 18. März befaßt. Dabei wurden erhebliche Unterschiede deutlich, ob es sich dabei, wie die Landesregierung betonte, um einen normalen Vorgang der Forschungs- und Strukturförderung handelt. Der Antrag zur Aktuellen Stunde kam von den drei Oppositionsfraktionen.*

**Professor Dr. Horst Posdorf** (CDU) betonte das Mißverhältnis in der Förderung durch die Landesregierung: Während allen Hochschulkliniken für medizinische Großgeräte nach intensiver Prüfung 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt würden, stecke Minister Heinemann „nach Gutsherrenart“ 26 Millionen in ein einziges Projekt. Wenn, wie vom Minister behauptet, alles rechtens gelaufen sei, „warum erfolgen nun permanent hektische Nachbesserungsvorschläge und Überlegungen?“ So werde einmal festgestellt und dann widerrufen, daß das Bochumer EFMT nicht zur ambulanten Krankenversorgung vorgesehen sei. Diese und andere Fragen solle der Gesundheitsminister endlich sachlich und faktisch korrekt beantworten, forderte Posdorf.

**Rudolf Apostel** (SPD) sprach der Opposition angesichts der zunehmenden Skrupellosigkeit ihrer Verdächtigungen die Bereitschaft ab, landespolitische Maßnahmen zum Strukturwandel zu unterstützen. Bei den Geldern für das EFMT handele es sich nicht um eine Maßnahme zur Förderung der Grundlagenforschung, sondern um anwendungsorientierte medizinisch-technische Entwicklungsforschung. Es sei auch so, daß das EFMT Element des Entwicklungszentrums der Stadt Bochum auf dem Gelände der Ruhr-Universität sei. Aus Sicht der SPD gebe es keinen Grund zur Mißbilligung, sondern die „begründete Hoffnung, daß das jetzt vorhandene EFMT für die Forschung und Ausbildung an der Ruhr-Universität nutzbar gemacht werden kann“.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) meinte, die Wissenschaftsministerin müsse vor den

Wissenschaftlern im Lande „schamrot“ werden, weil unter der Überschrift Strukturhilfe „plötzlich 26 Millionen ausgegeben werden, ohne auch nur ein einziges wissenschaftliches Gutachten irgendeiner Kapazität über die Wertigkeit eingeholt zu haben“. In den acht Monaten der Entscheidungsfindung über die Förderung „eines medizinischen Fortschritts revolutionären Charakters“ sei nichts geschehen, um dieses Urteil durch eine Untersuchung zu überprüfen.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) bestritt die Aussage, die Landesregierung habe forschungs-, struktur- und haushaltspolitisch richtig gehandelt, „als sie eine private ärztliche Einrichtung in Bochum mit High-Tech-Geräten im Wert von über 26 Millionen Mark ausstattete“. Das Verfahren sei unkorrekt gelaufen und nachträglich habe man zu der Ausrede gefunden, es handele sich um Strukturhilfe. Die Kritiker der Förderung in den Reihen der Wissenschaftler dürfe man nicht als Futterneider diffamieren, das zeige Ignoranz und ein erschreckendes Demokratieverständnis — „ich meine, das verdient eine Entschuldigung“.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) machte deutlich, daß mit Strukturhilfemitteln Großgeräte in den Hochschulen nicht gefördert werden können. Für dieses Konstruktionsproblem des Strukturhilfegesetzes sei die Landesregierung nicht verantwortlich, diese Rechtskonstruktion „zwingt oft zu schwierigen Ausweichkonstruktionen“. Durch das Projekt EFMT sollten wirtschaftliche Impulse für die Region als High-Tech-Standort gegeben werden, das sei etwas grundsätzlich anderes als die Förderung medizinischer Grundlagenforschung, betonte die Ministerin.

**Wolfram Kuschke** (SPD) forderte die Opposition auf, ihren Vorwurf zurückzunehmen, der Gesundheitsminister habe um irgendwelcher Vorteile willen das EFMT in Bochum gefördert. Da frage niemand nach den gesundheitspolitischen Ansätzen des EFMT; keiner wolle wahrhaben, daß das Gesundheitsministerium des Landes neue ärztliche Methoden innovativer Diagnose und zukunftsweisender Therapiemöglichkeiten fördere.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) konterte: Warum seien dann nicht externe Gutachter herangezogen worden? Die hätten doch feststellen können, „ob es sich wirklich um solche behaupteten Fortschritte handelt“. Auch mit „Schlägen unter die Gürtellinie“

komme der Minister aus der Sache nicht heraus. Es gehe darum, wie hierzulande Politik gemacht werde: „Vorbei am Parlament, nach Gutsherrenart, Vetternwirtschaft mit krasser Bevorzugung einzelner.“

**Laurenz Meyer** (CDU) wandte sich an den Wirtschaftsminister: Der solle dafür sorgen, „daß diese Strukturhilfemittel an dieser Stelle zurückgefordert werden, damit sie für den Arbeitsplatzaufbau in NRW für Strukturveränderungen eingesetzt werden können“.

**Ernst-Otto Stüber** (SPD) sagte, das EFMT sei wie alle anderen Projekte im Rahmen der Strukturhilfe behandelt worden. Es sei ein ausgesprochenes Projekt der Strukturhilfe, es gehe nicht um zwei Ärzte, sondern in der ersten Phase um 44 Arbeitsplätze. Das EFMT arbeite mit der mittelständischen regionalen Industrie zusammen.

**Hartmut Schauerte** (CDU) nannte es die „teuerste Investition“, wenn mit den durch das EFMT gebundenen 40 bis 50 Millionen Mark maximal 40 Arbeitsplätze geschaffen würden. Das eigentliche Motiv des ministeriellen Handelns sei gewesen, zwei hoffnungsvollen Ärzten und Forschern ihren Lebensraum zu verwirklichen helfen.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) betonte, die forschungspolitische Begründung der Förderung sei nicht mehr haltbar, ebenso wenig die strukturpolitische und regionalpolitische. Da eindeutig gegen haushalts- und andere rechtliche Bestimmungen verstoßen worden sei, versuche man jetzt, im nachhinein alles mit „Ausweichkonstruktionen passend zu machen“.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) unterstrich die Notwendigkeit einer Prüfung des Projektes nach wissenschaftlichen Kriterien; ein Verzicht darauf schade dem Land „in seiner partnerschaftlichen Stellung gegenüber dem Bund“.

**Gesundheitsminister Hermann Heinemann** (SPD) sagte, ihn mache betroffen, mit welcher Wucht der Angriff nicht gegen die Sache — das sei gutes Recht der Opposition —, sondern gegen seine Person gefahren worden sei. Er bestritt einen Zusammenhang der Förderung mit einer ärztlichen Behandlung im Institut, habe nie ein privates oder freundschaftliches Verhältnis mit einem der Antragsteller gehabt und kenne auch den Vater von Herrn Grönemeyer nicht. Die Opposition treibe Politik als „persönliche Treibjagd“.



Dissens über Notwendigkeit und Ablauf der Förderung des Bochumer Entwicklungs- und Forschungsinstituts für Mikrotherapie (EFMT): Professor Dr. Horst Posdorf (CDU), Rudolf Apostel (SPD), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) und Ministerin Anke Brunn, (SPD, v.l.n.r.). Fotos: Schüler



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) hat am 18. März 1992 drei neue Landtagsabgeordnete verpflichtet. Mitglieder des Landtags wurden Hagen Müller (SPD, r.) sowie Karl van Hall (3. v.r.), Eva Heidemann (beide CDU). Die Präsidentin erinnerte daran, daß der Landtag am 20. September 1990 auf Empfehlung des Wahlaufprüfungsausschusses eine Änderung des ursprünglich festgestellten Wahlergebnisses beschlossen habe. Nach einem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes NRW, das durch die Rücknahme der Beschwerde von Frau Böckelmann beendet worden sei, und einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht durch Hagen Müller stehe nunmehr fest, daß der Beschluß des Landtags vom 20. September bestandskräftig geworden sei. Das bedeute, daß Petra Böckelmann ihr Landtagsmandat gemäß Paragraph 5 Nr. 5 Landeswahlgesetz verloren habe, Hagen Müller im Wahlkreis 151 — Märkischer Kreis 4 — gewählt sei und aus der Reserveliste der CDU Eva Heidemann und Karl van Hall Landtagsmandate erhielten.

Foto: Schüler

## Strukturreform und Regionalisierung der Bahn sind dringend und notwendig

Einstimmig hat der Landtag in seiner letzten Sitzung die Anträge der F.D.P. „Große Bahnstrukturreform“ (Drs. 11/3086) und der Grünen „Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs und des öffentlichen Personenschienenverkehrs“ (Drs. 11/3203) an den federführenden Verkehrsausschuß überwiesen.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) meinte zur Bahn, sie sei unbezahlbar geworden; „wenn nichts passiert, haben die Bahnen im Jahr 2000 einen Finanzbedarf von 417 Milliarden Mark. Das entspricht fast dem Bundeshaushalt 1992.“ Besonders dramatisch sei die Entwicklung der Kostenunterdeckung im Schienenpersonennahverkehr der Bundesbahn, wo in ländlichen Gebieten zwei Drittel dieser Unterdeckung entstünden. Das unterstreiche die Notwendigkeit einer Strukturreform der Bahn und die Verlagerung von Aufgaben und Finanzverantwortung für den ÖPNV einschließlich des Schienenpersonennahverkehrs auf die Regionen und die kommunale Ebene. Der Schienenverkehr sei notwendig, aber nicht mehr finanzierbar, das sei das offenkundige Dilemma. Wichtig sei, daß die Bahn fortan als Unternehmen unabhängig von politischen Einflüssen agieren könne und „nicht mehr für die Umsetzung sozialpolitischer Ziele erhalten muß“.

**Manfred Hemmer** (SPD) begrüßte den Antrag der liberalen Fraktion und unterstrich den Konsens, „daß ohne eine grundlegende Sanierung für die Eisenbahn in der jetzigen Form keine Hoffnung mehr besteht“. Aber die SPD wende sich gegen die „kalte Regio-

nalisation, die seit einigen Jahren verstärkt zu beobachten ist“. Es könne nicht ohne weiteres hingenommen werden, daß sich der Bund aus der Aufgabenverantwortung verabschiede und diese einzig und allein den Ländern und Kommunen zuordne; „Eine Sanierung des Bundeshaushalts auf Kosten anderer Partner ist mit uns nicht zu machen.“ Wenn man die Bahn stärken wolle, brauche man in erster Linie mehr Infrastruktur und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Bahn und Straße. So müsse klar sein, daß das Vorhalten der Schieneninfrastruktur zu den klassischen staatlichen Aufgaben gehöre. Die Regionalisierung werde kommen, darum könne man der Forderung nach einem nachhaltig dynamisierten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen für die investierten Kosten nur beistimmen.

**Heinrich Dreyer** (CDU) nannte den Zwang zu einer grundlegenden Strukturreform von Bundes- und Reichsbahn unausweichlich, in der jetzigen Form seien die beiden Unternehmen weder lebens- noch konkurrenzfähig. Nicht nur die Finanzlage, auch der EG-Binnenmarkt mache die strukturelle Neuordnung erforderlich. Die Zukunft der Bahn liege nicht in der Beibehaltung der Behördenstruktur, sondern in einem auf Gewinnerzielung ausgerichteten Unternehmen. Dazu müsse allerdings Artikel 87 des Grundgesetzes geändert werden, die SPD sei offenbar bereit dazu. Ziel sei die institutionelle Trennung von Fahrweg und Transport, wobei der Fahrweg ebenso wie Wasserstraßen und Straßen in den Bereich staatlicher Daseins-

### Mahnung der Präsidentin

Nach längerer Unterbrechung des Plenums und Sitzung des Ältestenrats wegen bestimmter öffentlicher Äußerungen in der politischen Diskussion der letzten Tage gab Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe die Erklärung ab, daß man sich im Ältestenrat darauf geeinigt habe, gegenseitig persönlich zu verstehende Vorwürfe zu unterlassen. So habe der Ältestenrat die Erklärung des Ministerpräsidenten entgegengenommen, er habe niemanden beleidigen wollen und dies auch nicht beabsichtigt. Es tue ihm leid, wenn das so verstanden worden wäre. Der CDU-Fraktionsvorsitzende habe erklärt, daß seine Äußerung nicht im strafrechtlichen Sinne gemeint gewesen sei, sie stelle keine Vorverurteilung dar. Er bedaure, wenn dies jemand so verstanden haben sollte. Die Präsidentin ermahnte zum Schluß das Plenum, im Sinne von Heinz Kühn, politische Gegnerschaft nicht als politische Feindschaft zu verstehen und sich entsprechend zu verhalten.

vorsorge gehörten. Er gehe davon aus, daß der Bund die notwendige Finanzmasse zur Verfügung stelle und sehe einen unlöslichen Zusammenhang mit dem Gesamtpaket Finanzverfassungsreform.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) erinnerte daran, daß man für die Bahn nur etwas zu Lasten „des exzessiv wachsenden Straßenverkehrs und des hemmungslos expandierenden Flugverkehrs“ tun könne. Auch ihre Partei sehe die Notwendigkeit einer Strukturänderung der Bahn, auch sei man für ein kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen. „Die Stärkung der umweltfreundlichen Schiene muß eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sein. Hierfür muß es verbindliche Zuweisungen von Verantwortung geben“, stellte sie fest und mahnte, das Land NRW werde dabei nicht passiver Zuschauer bleiben können. Eine echte Bahnreform sei nicht zum Nulltarif zu haben. Alle Ergebnisse würden sich daran messen lassen müssen, ob sie zu mehr oder weniger Bahn führen. Das Land müsse endlich eine aktive Haltung zu der unausweichlichen Regionalisierung der Bahn einnehmen, punktuelle Bemühungen reichten nicht mehr aus.

**Verkehrsminister Franz-Josef Kniola** (SPD) stellte parteiübergreifende Einigkeit in wesentlichen Punkten fest, widersprach aber der Meinung, daß die Fragen aus Regionalisierung und Finanzierung Bestandteil der allgemeinen Finanzverfassungsreform werden sollten: Das seien separate Tatbestände, die nicht zu vermengen seien. Der Minister stimmte der grünen Position zu, daß es darauf ankommen werde, „ob am Ende der Veranstaltung eine Stärkung der Schiene herauskommt“. Er freue sich auch, daß diese Fraktion für die Stärkung der (schnellen) Schiene auf Kosten von Straße und Flugverkehr sei, aber er habe Zweifel, ob das mehr als ein Appell sei. Die Forderung nach einer aktiveren Rolle des Landes sei hinfällig: Kein anderes Land als NRW habe soviel Mittel bei S-Bahn-Vorhaben eingesetzt: „47 Prozent zusätzlicher Zuschuß — das gibt es nirgendwo!“

## Gerechtere Abwassergebühren durch differenzierte Landesförderung erreichen

**Hans Peter Lindlar** (CDU) wertete die Förderpolitik des Landes für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen als „komplett gescheitert“: „Wir haben einen Finanzierungsstau von 1,43 Milliarden Mark, von denen lediglich 660 Millionen durch bestandskräftige Bewilligungsbescheide aus Verpflichtungsermächtigungen noch finanziert werden sollen, 770 Millionen Mark bleiben bei den Gemeinden hängen. Damit werden die Bürger zu weiteren Kosten und Gebühren herangezogen.“ Der Sprecher nannte die Praxis der Landesregierung der Richtlinienänderung „durch ein simples Telefax“ als großen Skandal in bezug auf das Vertrauensverhältnis zu Städten und Gemeinden. Zurückzuführen sei das Scheitern in der Förderpolitik auf die Ahnungslosigkeit der SPD in dieser Sache. Die Höhe von Abwassergebühren, die in ländlichen Räumen teilweise zwischen acht und neun Mark liege, sei sozial nicht mehr verträglich und befinde sich nicht mehr im Einklang mit der Gemeindeordnung, wo von ihnen gefordert werde, daß sie „vertretbar“ sein müßten.

**Walter Grevener** (SPD) richtete das Augenmerk weniger auf die Förderpraxis als auf die Umweltpolitik: „Was die Entwässerung, was die Abwasserreinigung angeht, können wir im Land Nordrhein-Westfalen jedem Vergleich mit anderen Ländern standhalten.“ Es stehe außerdem fest, daß die Fördergelder nur geringfügig dazu beitrügen, die Gebührenhöhe zu beeinflussen. Die SPD begrüße, daß die Landesregierung in Zukunft auf eine spezielle Investitionsförderung verzichte und die Mittel nach Abbau des Bewilligungsstaus für globale Investitionen einsetze. Die Gemeinden könnten dann über die Verwendung der Mittel selbst entscheiden. Ferner werde überlegt, im nächsten Jahr über das GFG den Gemeinden mit 50 Prozent höheren Gebühren als im Landesdurchschnitt zehn Millionen unmittelbarer Subvention zur Entlastung der Gebührenzahler zur Verfügung zu stellen.

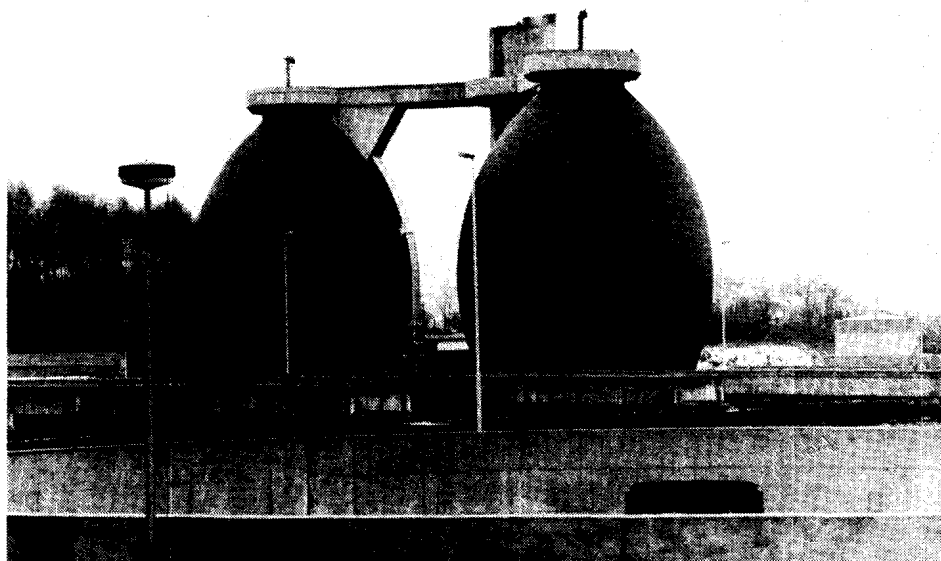
**Friedel Meyer** (F.D.P.) konnte nicht nachvollziehen, den Antrag für erledigt zu erklären, „weil die Sache mit Sicherheit nicht erledigt ist“. Außerdem gehe ja die Beratung im federführenden Ausschuß weiter. Er hoffe, daß es dabei zu vernünftigen Lösungen für alle Städte und Gemeinden, vor allem für die Bürger des Landes kommen werde.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) warf der SPD vor, sie habe die Beratung des Antrags permanent verschleppt, das sei ein „absolut undemokratisches, unfaires Verfahren“. Die Probleme, die die CDU anspreche, seien seit Jahren bekannt, dennoch fielen den Politikern immer weniger Lösungen ein. Das Problem sei schwierig, die Grünen hielten viele Punkte des CDU-Antrags für richtig, etwa wenn gleichwertige Lebensverhältnisse im Lande reklamiert würden angesichts der Tatsache, daß die Gebühren immer stärker auseinanderdrifteten. Im Grunde müsse eine Politik bestraft werden, die durch zunehmende Versiegelung der Flächen zu erhöhten Abwasserproblemen und Abwassergebühren führe.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) verwies auf die Fortschritte einer konsequenten Umwelt- und Hilfspolitik der Lan-

## SPD: Neues System macht den Antrag der CDU-Fraktion gegenstandslos

*Mit großer Mehrheit ist der Landtag der Empfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Drs. 11/3119) gefolgt und hat nach eingehender Debatte den Antrag der CDU „Gerechte Abwassergebühren durch eine differenzierte Landesförderung von Abwasserbeseitigungsmaßnahmen“ (Drs. 11/1584) am 18. März für erledigt erklärt. Die Begründung des Ausschusses für seine Empfehlung: Der Antrag beziehe sich auf Richtlinien, die durch ein neues Förderkonzept der Landesregierung gegenstandslos geworden seien.*



Abwasserbeseitigung kostet Geld: Abwasseranlage mit zwei Faultürmen in Westfalen.

desregierung für die Kommunen in den letzten zehn Jahren; da könne man nicht wie die Grünen so tun, daß mit der Abwasserpolitik im Lande erst noch begonnen werden müsse. Wenn es stimme, daß die Einzelförderung kaum Auswirkungen auf die Gebühren habe, dann müsse man eine andere Form finden, „bei der über Ausschöpfung von Abschreibungsmodalitäten größere positive Effekte auf die Abwassergebührenhöhe erreicht werden können“. Darum gehe man von der Direktbezuschussung ab und erhöhe durch Zuschüsse über die Investitionspauschale den Handlungsspielraum der Gemeinden.

**Albert Leifert** (CDU) warf der Landesregierung vor, den selbst eingeräumten Bewilligungsstau hätte es nicht gegeben, wenn früher der Übergang von der Projektförderung zu allgemeinen Zuweisungen vollzogen worden wäre. Hier handele es sich um eine alte Forderung der Christdemokraten. Der Minister verschweige bei seinem Hinweis auf eine Milliarde Unterstützung des Landes die Bundesstrukturhilfemittel und erwähne „natürlich“ nicht, „daß fast die gesamte Landesförderung Abwasser aus dem 23prozentigen Anteil der Kommunen an den Landessteuereinnahmen, sprich GFG, kommt“.

**Reinhard Wilmbusse** (SPD) rügte das Festhalten der CDU an ihrem Antrag: Es stehe schließlich auch ein Hearing zu diesem Thema bevor. Es habe nichts mehr mit Sachverstand zu tun, wenn man zur alten

Investitionsförderung zurückwolle, obwohl alle Sachverständigen inzwischen erklärt hätten, daß dieser Weg nicht mehr gangbar sei und man zu einer globalen Investitionspauschale kommen müsse.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) erteilte der SPD für ihre Leistungen in Sachen Abwasserpolitik der letzten elf Monate ein „Mangelhaft“. Sie hielt an ihrer Einschätzung fest, es sei undemokratisch, den CDU-Antrag für erledigt zu erklären. Da sollte man so ehrlich sein und ihn ablehnen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) wies die Bezeichnung „undemokratisch“ zurück und hielt der CDU vor, wenn sie den Überblick hätte und über politische Seriosität verfüge, sie eigentlich von selbst den Antrag zurückziehen müßte. Der Antrag fordere immer noch die differenzierte Projektförderung, obwohl sich die CDU inzwischen längst für die Umstellung der projektgebundenen Förderung auf eine spezielle zweckgebundene Investitionspauschale erklärt habe. Noch gestern habe ein Sprecher der CDU erklärt, das Land solle, anstatt einzelne Projekte zu fördern, allgemeine Zuweisungen an Städte und Gemeinden leisten; an die Stelle der zweckgebundenen Förderung von einzelnen Abwassermaßnahmen solle eine ebenfalls zweckgebundene besondere Investitionspauschale im GFG treten. Damit habe die CDU ihren Antrag durch Positionsveränderung selbst für erledigt erklärt.

## Juristische Fakultät für die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

### Hochschule erbringt selbst personelle Ausstattung

Die abschließende Beratung der Anträge der CDU-Fraktion zur Errichtung einer juristischen Fakultät an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Drs. 11/3020) und zur Errichtung einer Fachhochschulabteilung des Landes NRW in Bocholt (Drs. 11/2292) in Verbindung mit dem Antrag der F.D.P. zur Errichtung einer Fachhochschule Emscher-Lippe mit Sitz in Gelsenkirchen und Abteilungen in Recklinghausen und Bocholt stand im Mittelpunkt der vom Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 13. Februar.

Ausschußmitglied Rüdiger Goldmann (CDU) begrüßte den kürzlich vom Senat der Universität Düsseldorf getroffenen einstimmigen Beschluß zur Gründung einer juristischen Fakultät, die in Kooperation mit der Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen errichtet werden soll. Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung führte zum bisherigen Sachstand aus, daß beide Hochschulen einen gemeinsamen Studiengang anbieten wollen, der sich aus Fernlehre und Präsenzlehre zusammensetzt. Konkretere Angaben könnten erst nach Vorlage des entsprechenden Antrages beider Universitäten gemacht werden. Auf das Angebot der Universität Düsseldorf, die personelle Ausstattung aus dem eigenen Hause zu erbringen, werde voll zurückgegriffen werden müssen.

Als Beginn des Studienangebotes sei das Wintersemester 1992/1993 angestrebt.

Nach Ansicht des Sprechers der Fraktion DIE GRÜNEN, Dr. Michael Vesper, der sich zum Antrag der CDU-Fraktion grundsätzlich positiv äußerte, sei die schon jetzt strapazierte räumliche und personelle Situation der Universität Düsseldorf zu bedenken. Die Errichtung dürfe nicht zu Lasten anderer Fakultäten gehen. Ohne die Hochschulautonomie antasten zu wollen, wäre es zu begrüßen, wenn die juristische Fakultät sich neben den klassischen Anbindungen auch neuen Rechtsgebieten, wie insbesondere dem Umweltrecht, zuwenden würde. Er schlug daher die Aufnahme einer entsprechenden Ergänzung zum CDU-Antrag vor. In seiner Funktion als Sprecher der F.D.P.-Fraktion bezeichnete Schultz-Tornau den Antrag der CDU ebenfalls als begrüßenswert. Um nicht Gefahr zu laufen, punktuelle Entscheidungen treffen zu müssen, komme es aber darauf an, insgesamt eine Bestandsaufnahme der Wissenschaftspolitik im Lande zu bekommen und das Land als Ganzes im Blickfeld zu haben.

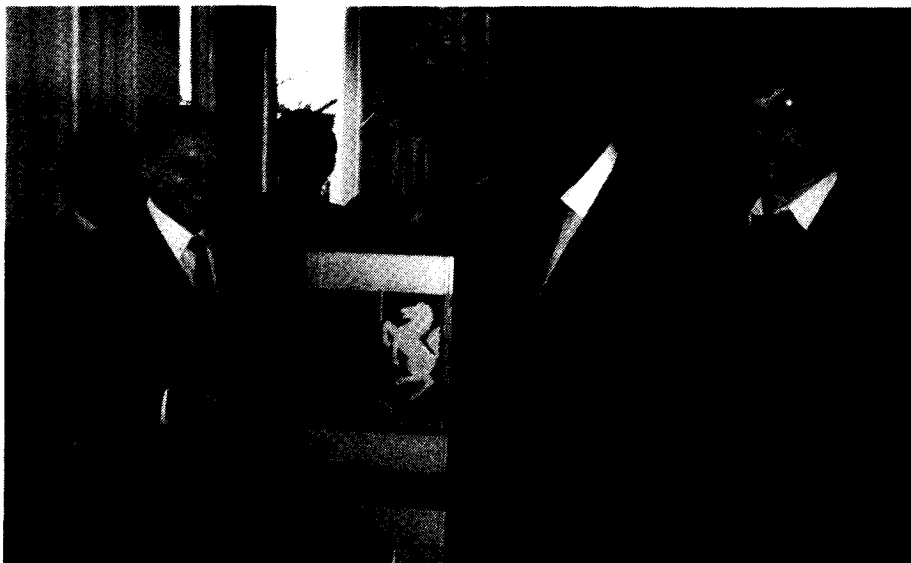
Rudolf Apostel (SPD) konstatierte als Sprecher seiner Fraktion, daß die Zielsetzung des Antrags der CDU durch faktisches Handeln der Universität und der Landesregierung als erfüllt anzusehen sei. Die Einbringung des CDU-Antrags sei praktisch mit der Endphase der laufenden Vorbereitungen zusammengelaufen. Der Antrag sei erledigt, weil das Regierungshandeln den Interessen aller Fraktionen gerecht geworden sei. Im übrigen gehe der Antrag über die tatsächliche Entwicklung hinaus, weil in ihm nämlich auch der Ausbau der Universität Düsseldorf zu einer Volluniversität gefordert werde.

Als Beschlußempfehlung an den Landtag sprach sich die SPD-Fraktion dafür aus, den CDU-Antrag in der Hauptsache für erledigt zu erklären und im übrigen abzulehnen und

das von allen Fraktionen getragene Anliegen, an der Heinrich-Heine-Universität zu den von der Landesregierung und der Universität formulierten Bedingungen eine juristische Fakultät einzurichten, zu unterstützen. Die von der SPD-Fraktion beantragte Beschlußempfehlung wurde von den Oppositionsfraktionen in einer ausführlichen Debatte angegriffen, weil sich die Beschlußempfehlung widerspreche. Es gehe nicht an, so die Oppositionsfraktionen, einerseits einen Antrag teils für erledigt zu erklären und teils abzulehnen, andererseits diesen anschließend in der Sache aber wieder aufzunehmen. Es sei nicht begreiflich, einem gemeinsamen Anliegen solch einen Widerstand entgegenzusetzen, um zu vermeiden, politisches Potential einer anderen Fraktion sichtbar werden zu lassen. Dem entgegenstehe die SPD-Fraktion, die SPD wolle nur die Errichtung einer juristischen Fakultät unterstützen und nicht mehr. Im Antrag der CDU steckten jedoch einige „trojanische Pferde“. Daher habe die SPD-Fraktion ihm nicht zugestimmt. Daraufhin wurde die Beschlußempfehlung der SPD-Fraktion mit den Stimmen der SPD angenommen.

Als Ergänzung dieser Beschlußempfehlung wurde der Vorschlag der Grünen angenommen, es zu begrüßen, wenn sich die zukünftige juristische Fakultät verstärkt auch neuen Rechtsgebieten, insbesondere dem Umweltrecht und dem Europarecht, zuwenden würde. Dieser Formulierung wurde mit den Stimmen der SPD und DIE GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P. und Nichtbeteiligung der Fraktion der CDU zugestimmt.

Im Anschluß an die Ausschußdiskussion zu den Fachhochschulansätzen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. konnten einstimmige Abstimmungsergebnisse erzielt werden. So wurde der Antrag der Fraktion der CDU „Errichtung einer Fachhochschulabteilung des Landes NRW in Bocholt“ einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig zugestimmt wurde dem Antrag der Fraktion der F.D.P. „Errichtung einer Fachhochschule Emscher-Lippe mit Sitz in Gelsenkirchen und Abteilungen in Recklinghausen und Bocholt“ mit der Änderung der Namensgebung in „Fachhochschule Emscher-Westmünsterland“, mit der sich die F.D.P.-Fraktion zuvor einverstanden erklärt hatte. Bereits in der Sitzung am 16. Januar 1992 wurde die von der Landesregierung am Vortag angekündigte Entscheidung, noch in diesem Jahr die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer selbständigen Fachhochschule mit Sitz in Gelsenkirchen, gleichzeitiger Errichtung einer Fachhochschulabteilung in Bocholt und der späteren Errichtung einer weiteren Fachhochschulabteilung in Recklinghausen zu schaffen, von allen Fraktionen im Ausschuß begrüßt. In der Ausschußdiskussion trug das Ministerium für Wissenschaft und Forschung ergänzend vor, daß das erforderliche Errichtungsgesetz in Vorbereitung sei und der Regierungsentwurf voraussichtlich so zeitig in den Landtag eingebracht werde, daß er möglichst noch vor der Sommerpause verabschiedet werden könne. Es sei beabsichtigt, die Abteilung Bocholt der neuen Fachhochschule zuzuordnen, die den Namen „Emscher-Westmünsterland“ tragen sollte. Die Errichtung einer Fachhochschulabteilung in Gelsenkirchen sei erst in einem späteren Schritt vorgesehen.



### Freude über die Fahrt des FC Landtag nach Simbabwe

Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt empfing den Botschafter von Simbabwe, Professor G. P. Kahare (2. v. r.), sowie den Ersten Sekretär der Botschaft von Simbabwe in der Bundesrepublik Deutschland, T. M. Muranga (l.), im Düsseldorfer Landesparlament. Dabei wurden die letzten Absprachen über das Programm in Simbabwe getroffen. An dem Gespräch nahmen der Abgeordnete und Teamchef Uwe Herder (3. v. r.) und der Kassenwart des FC Landtag, Abgeordneter Reinhold Hemker (r.) teil, der auch die Kontakte nach Simbabwe vermittelt hatte. Ferner war bei der Zusammenkunft der Abgeordnete Hans Kern (3. v. l.) dabei, ein langjähriger Aktiver der Fußballmannschaft des Landesparlaments.



## Breitensportangebote stoßen auf wachsendes Interesse der Menschen

Die Entwicklung des Breitensports in Nordrhein-Westfalen stand im Mittelpunkt einer öffentlichen Anhörung des Sportausschusses unter dem Vorsitz von Hans Rohe (SPD) am 16. März. Zu Stellungnahmen eingeladen waren 16 Sprecher von Landessportbund, Stadt- und Kreissportbünden sowie Vertreter von Sportvereinen. Auf diese Weise sollten Probleme und Sorgen der Basis des Sports im Lande erörtert werden. Im folgenden werden die zum Teil ausführlichen Beiträge der Sachverständigen skizziert.

Ziel des Landessportbundes (LSB) als größter Personenorganisation in Nordrhein-Westfalen sei es, erklärte dessen Präsident Richard Winkels, alles Bürgerinnen und Bürgern Sport zu zeitgemäßen Bedingungen anzubieten. Der Sport habe — im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Bereichen — wachsende Mitgliederzahlen aufzuweisen, für das Jahr 2000 würden fünf Millionen Vereinsmitglieder erwartet. Die Einstellung der Menschen zum Sport habe sich geändert, sie entwickle sich vom Leistungssport weg und orientiere sich zum Breitensport. Diese Interessen habe der LSB mit seinen Breitensportentwicklungsplänen aufgegriffen und umzusetzen versucht — mit großem Erfolg, wie Winkels betonte. Eine flächendeckende Umsetzung sei aber ohne finanzielle Voraussetzungen problematisch. Da die Mittel des LSB dafür nicht ausreichten, müsse eine Gesamtfinanzierung des Breitensportprogramms abgesichert werden. Zudem sei das Element der Ehrenamtlichkeit im Sport durch hauptamtliche Kräfte mehr und mehr zu ergänzen. Auf die Grenzen der Sportjugendarbeit wies Hermann Ridder hin: Sie sei keine gesellschaftliche Reparaturwerkstatt, biete allenfalls Hilfe zur Selbsthilfe. Er forderte eine Synthese sportlicher und außersportlicher Angebote für Kinder und Jugendliche, entsprechende Räume für Versammlungen und informelle Treffs, die Qualifizierung ehrenamtlicher und die Heranziehung hauptamtlicher Kräfte sowie die verstärkte Kooperation der Vereine untereinander.

Horst Becker vom Turnverein Ratingen vermißte vielerorts das Verständnis für die Notwendigkeit von individuellen Club- und Jugendräumen und hielt 15 Mark als Vergütung für Übungsleiterstunden nicht für angemessen, die Volkshochschulen zahlten da weitaus mehr. Ohne hauptamtliche Betreuer sei ein ausreichendes Breitensportangebot auf Dauer nicht machbar.

Klaus-Dieter Remberg, 1. Vorsitzender des TV Jahn Rheine, hielt es für notwendig, daß der Sport „im Konzert der Subventionsempfänger“ gleich behandelt wird wie Volkshochschulen oder Jugendhilfe. „Der Sport soll sich mit seinem ganzen Gewicht in den Verteilungskampf stürzen, am besten heute noch“, sagte Remberg und kritisierte, daß die Beteiligung des Sports an politisch relevanten Entscheidungen in der Gemeinde „praktisch gleich Null“ sei.

Die Gefahr einer Spaltung im Sport sah Wolfgang Rombey, Schul- und Sportdezernent der Stadt Mönchengladbach, heraufziehen: Jüngere und Besserverdienende kaufen sich Sport bei gewerblichen Anbietern (Rombey: „Sport aus dem Automaten“), während für die Älteren die traditionellen Sportvereine blieben. Bei den Sporteinrich-

tungen nehme das Gerangel um Hallenzeiten zu, leichtathletische Anlagen würden kaum noch genutzt. Die anstehende Renovierung der alten Sportstätten übersteige die Möglichkeiten der kommunalen Haushalte. Sport sollte als Pflichtaufgabe der Kommunen anerkannt und durch Landeszuschüsse gesichert werden.

Da die Vereine dem Staat viele Aufgaben abnähmen, müsse die finanzielle Unterstützung des Landes wachsen, befand Hartmut Knappmann, Vorsitzender des Stadtsportverbands Gladbeck. Es könne nicht schaden, den Sport als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen; viel entscheidender sei aber das persönliche Bemühen der Mandatsträger auf Ortsebene, da gebe es in Gladbeck ein „partnerschaftliches Verbundsystem zwischen Rat, Verwaltung und



Vor der Anhörung: Ausschußvorsitzender Hans Rohe (l.) begrüßt den Präsidenten des Landessportbunds, Richard Winkels. Foto: Schüler

Sportselbstverwaltung“, das vieles lösbar werden lasse.

Verfassungsrang und finanzielle Absicherung für den Sport forderte Karl Josef Steeg, der den Parlamentariern nahelegte, ein Sportförderungsgesetz in Angriff zu nehmen. Der Vorsitzende des Kreissportbundes Düren verlangte Breitensport auch für den ländlichen Bereich. Im Breitensport brauche man wie im Leistungssport ebenfalls die hauptamtliche Ergänzung. Der Spitzensport brauche keine große kommunale Unterstützung, er könne und solle sich selbst finanzieren.

Aus einem wissenschaftlichen Gutachten zur Sportinfrastruktur im Kreis Neuss zog Werner Schmitz vom Kreissportbund Neuss die Folgerungen, daß Sport heute überwiegend als Freizeitaktivität gesehen werde, daher erkläre sich auch der Trend zu freizeitorientierten Sportarten. Obwohl 60 Prozent der Sportaktivitäten in unorganisierter Form stattfänden, wünschten sich 56 Prozent der Befragten ausdrücklich die Sportausübung im Verein. Schmitz warnte vor Tendenzen, daß einzelne Kreise sich völlig aus der Sportförderung zurückziehen („Wehret den Anfängen“) und betonte die Bedeutung von Sponsoren auf örtlicher Ebene.

Auf die Oberhausener Verhandlungslösung machte Wilhelm Rüdell, Vorsitzender des dortigen Stadtsportbunds, aufmerksam: Ab August würden alle Sportkurse der VHS vom Stadtsportbund übernommen und zu dessen Konditionen weitergeführt. Er verwies auf positive Erfahrungen aus dem Pilotprojekt „Sport für alle“. Rüdell warnte davor, den Vereinen für die Hallennutzung die Energiekosten aufzuerlegen, das führe über höhere Gebühren zu einem Mitgliederrückgang.

Eine Verdoppelung der Zuschüsse des Landes für Übungsleiter auf 40 Millionen Mark verlangte der Vorsitzende des Kreissportbunds Gütersloh, Hans-Gerhard Roth. Es gebe einen Mangel an qualifizierten Übungsleitern, sie arbeiteten „über Limit“. Angesichts des verstärkten Einsatzes von Kräften ohne Lizenz müsse für deren Qualifizierung gesorgt werden; zudem seien hauptamtliche Strukturen zu schaffen.

Friedrich Wilhelm Corzilius (Stadtsportbund Hamm) bezeichnete die Entwicklung in seiner Heimatstadt als sehr bedenklich: Das Haushaltsvolumen der Stadt Hamm habe sich zwar in den letzten zehn Jahren verdoppelt, die Mittel für den Sport seien aber auf gleichem Stand geblieben. Auch er war dafür, den Sport zur Pflichtaufgabe der Kommunen zu machen. Sportfunktionäre sollten eher bereit sein, auch in politischen Funktionen tätig zu werden; darum halte er auch ein institutionalisiertes Sportforum für sinnvoll.

Für den Stadtsportbund Köln führte Hans Erich Körner aus, die Umstellung vom Leistungs- zum Breitensport „zuerst eine Sache des Kopfes“ sei; das den Vereinen bewußt zu machen, sei eine Aufgabe der Politik. Breitensportvereine sollten im Prinzip wie andere Vereine der Jugend- und sozialen Hilfe gleichbehandelt werden. Eine gezielte Landessportpolitik sei vonnöten, um die Umrüstung der Hallen und Plätze in Sachen Breitensport besonders zu fördern. Körner forderte ein neues Verhältnis zwischen kommunaler Sportpolitik und den Vereinen des Breitensports.

Hans-Peter Colombo, dessen Kreissportbund Rhein-Sieg ein Sport- und Gesundheitszentrum betreibt, berichtete von großer Akzeptanz der Vereine, mit denen diese Einrichtung betrieben werde. Inzwischen seien alle Kursangebote des Zentrums auf die Vereine ebenso übertragen worden wie 46 Kurse aus dem VHS-Angebot.

Für den Kreissportbund Borken bemängelte Ludger Triphaus, daß der Sport nicht rechtzeitig an der Stadtentwicklungsplanung beteiligt werde. Ein Gegenmittel wäre ein Stadtsportforum, bei dem die Vertreter des Sports aber nicht in der Minderheit sein dürften.

Horst Pokorski empfahl nach positiven Erfahrungen eine Umsetzung des Breitensportentwicklungsprogramms. Es seien Sportanlagen eigens für den Breitensport erforderlich, sagte der Sprecher des Stadtsportbunds Mülheim/Ruhr und bedauerte, daß der Sport zu wenig an der Planung zweckmäßiger Anlagen beteiligt werde.

Seit Beginn der Aktion „Sport im Ruhrgebiet“ sei es den Bottroper Vereinen gelungen, in zehn Jahren 11000 neue Mitglieder zu gewinnen. In der Breitensportentwicklung komme man nicht um hauptberufliche Arbeit herum, betonte Norbert Aust (Stadtsportbund Bottrop).

## Hauptausschuß: Projektgruppe soll zunächst technische Möglichkeiten abklären

# Nutzung von Datenbanken der Landesregierung durch das Landesparlament im Kernbereich nicht möglich

*Die Nutzung von Datenbanken der Landesregierung durch den nordrhein-westfälischen Landtag läßt sich offensichtlich nicht so einfach handhaben wie etwa der Austausch von Büchern oder Korrespondenzen. Im Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) ging der Staatssekretär im Innenministerium, Wolfgang Riotte (SPD), auf den zentralen Vorbehalt ein: Der Kernbereich des Regierungshandelns. Dieser Kernbereich soll auch künftig auf dem Datenwege nicht zugänglich sein. Daten, die vom Tabu nicht betroffen sind, sollen dem Landesparlament hingegen weitgehend zugänglich gemacht werden. Über Vorgehensweise und technische Machbarkeit berät eine Projektgruppe unter Federführung der Landtagsverwaltung, die bis zum 31. Mai 1992 einen Zwischenbericht vorlegen will.*

Der Direktor beim Landtag, Heinrich Grob-Sender, nannte im Ausschuß als Beteiligte der Projektgruppe das Innenministerium, die Landtagsverwaltung sowie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik. Grob-Sender berichtete, zu klären sei noch die finanzielle Seite. Riotte bezifferte die Kosten für 1992 auf eine Million Mark. Aus einer Stellungnahme des Innenministers geht weiter hervor, daß zur Durchführung des Projektes in einem Zeitraum von drei Jahren zehn Millionen Mark bereitgestellt werden müßten.

Das Vorhaben der Nutzung von Datenbanken der Landesregierung durch das Parlament war bisher nur zögerlich vorangetrieben worden. Die Projektgruppe soll nun für Effizienz sorgen. Vorgespräche haben stattgefunden. Staatssekretär Riotte: „Wir sind ein Stück vorangekommen.“ Der Landtagsdirektor plädierte für einen pragmatischen Weg. Überhaupt sollen erst einmal die technischen Möglichkeiten abgeklärt werden.

Eine radikalere Position nahmen dagegen im Hauptausschuß Oppositionssprecher ein. Bärbel Höhn, Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, forderte eine Übersicht über sämtliche Regierungsdatenbanken, die es gebe. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Ruth Hieronymi, bezeichnete darüber hinaus das „Versteckspiel“ als unwürdig, was die Landesregierung und was der Landtag wissen dürfe. Bärbel Höhn und der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Arentz waren sich einig, daß das ganze vom Ansatz her der falsche Weg sei.

Doch der Staatssekretär gab nicht nach. Er erwähnte die Auffassung der Landesregierung, wonach schon die Nennung einer Datenbank den Kernbereich des Regierungshandelns berühren könnte. Riotte äußerte dennoch Verständnis für den weiter-

gehenden Wunsch aus dem Parlament nach einer vollständigen Datenbankliste. Er befürwortete, alle allgemein zugänglichen Daten sollten in eine gemeinsame Landesdatenbank eingebracht werden. Der Staatssekretär erwähnte in diesem Zusammenhang, daß es noch nicht einmal Datenzugriffe der Ministerien untereinander gebe. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann beschrieb es als sinnvoll, „ab einer gewissen Phase“ Abgeordnete an der Projektgruppe zu beteiligen, auch in Fragen der Technik. Seine Kollegin Hieronymi machte den Vorschlag, gleichzeitig im Ältestenrat zu erörtern, nach welchen Kriterien dem Landtag Daten der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden sollten.

### Kommission nicht erforderlich

Der SPD-Abgeordnete Johannes Pflug hielt Zweckmäßigkeitserwägungen noch nicht einmal so sehr für das Kriterium, hingegen verfassungsmäßige Bedenken, wobei er offenbar auf die Gewaltenteilung abzielte. Er bezeichnete es als denkbar, daß der Landtag ein Informationsgesetz für den Zugriff auf Daten der Landesregierung verabschiede. Für SPD-Sprecher Jürgen Büssow schien indessen „die Software-Problematik doch größer zu sein“. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er gerne noch in dieser Legislaturperiode Daten abrufen möchte und empfand es als sinnvoll, gemeinsam nach einem technischen Weg zu suchen. Er hielt die Klärung der Frage für wichtig, welche Daten die Abgeordneten wirklich interessierten. Büssow meinte, Mitte 1993 sollte ein Prototyp vorgeführt werden.

Zum Abschluß der Diskussion gab Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz die Empfehlung des Hauptausschusses weiter, gemäß Vorschlag die Projektarbeit durchzuführen. Ferner sollten die Fraktionen je ein Mitglied nennen, das noch im Mai den Entwurf mit der Projektgruppe diskutiere, damit bereits im Vorfeld Parlamentswünsche eingebracht werden könnten. Spätestens im Juni sollte der Vorbericht dann vorliegen.

Der Hauptausschuß nahm bei seiner Sitzung am 12. März noch eine Reihe von Abstimmungen vor. So wurde ein Antrag der Grünen zu „Unvereinbarkeit von Ministerinnen- und Ministerämtern und wirtschaftliche Führungsfunktionen“ gegen eine Stimme der Grünen sowie das „Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW“ im Entwurf der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P. sowie das „Landesministergesetz“ im Entwurf der CDU-Fraktion mit den Stimmen von SPD und F.D.P. abgelehnt (Drs. 11/1454; 1482 und 1561). Einstimmige Zustimmung fand der Staatsvertrag über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst (Drs. 11/2763). Ebenfalls verabschiedet wurde bei Enthaltung der Grünen das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien des Rats vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337 EWG) im Lande NRW“ im geänderten Entwurf der Landesregierung.

Am Ende der Sitzung lehnte der Hauptausschuß mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. den Grünen-Antrag auf Einsetzung einer Kommission „Rüstungsexportanstieg“ (Drs. 11/1211) ab, was die Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn zu der Aussage veranlaßte, sie halte den Antrag ihrer Fraktion nicht für erledigt. Die Anträge der F.D.P. zu „Verschärfung und Kontrolle des Verbots der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern“ (Drs. 11/1293) sowie der CDU zu „Konzeption zur Kontrolle illegaler Waffentransporte“ (Drs. 11/1294) wurden für erledigt erklärt.

Zuvor hatte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Rüstungsexportanstieg“, die SPD-Abgeordnete Helga Giesselmann, darauf hingewiesen, die Arbeitsgruppe habe die Beratung der Anträge für abgeschlossen erklärt und die abschließende Bewertung den Fraktionen überlassen. Für die Fraktion der SPD könne sie als Bewertung feststellen, daß durch die Gesetzesaktivitäten des Deutschen Bundestages einerseits sowie die Arbeit und die Aufgabenerfüllung der Landesregierung andererseits ganz wesentliche Forderungen der Anträge erfüllt seien. „Die Einrichtung einer Kommission, so wie sie die Fraktion DIE GRÜNEN fordert, sehen wir eigentlich nicht für erforderlich an“, sagte Frau Giesselmann. Fortsetzung Seite 13



Der griechische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Dennis Lellos (2. v.l.), hat dem Landesparlament einen Besuch abgestattet. Der Generalkonsul wurde von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel (M.) und Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) zu einem Arbeitsgespräch empfangen. (Fotos: Schüler)

## Schulausschuß nimmt die Einführung in den Nachtragshaushalt zur Kenntnis

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung (Vorsitzender Hans Frey, SPD), hat am 11. März den an ihn mitüberwiesenen Nachtragshaushalt des Landes (Drs. 11/3214) beraten. Schwerpunkt der Sitzung war dabei die Einführung des Kultusministers (KM) in den Einzelplan 05.

Dieser Nachtrag soll mit dem bereits verabschiedeten Haushalt die stellenmäßige Grundlage für die Unterrichtssituation des Schuljahres 1992/93 bilden, berichtete Kultusminister Hans Schwier. Zusammen mit dem Entwurf der Verordnung zu § 5 Schulfinanzgesetz gebe er wieder, was im Schuljahr 1992/93 an Handlungsschritten realisiert werden soll. Mit ihm werde das Konzept verfolgt, neben einer Relationsverbesserung bei der Teilzeitberufsschule und einem Ausländer-/Aussiedlerzuschlag für Realschule und Gymnasium zunächst alle Sonderbedarfe, die bisher nur durch kw-Stellen oder zu Lasten der Stellenreserve oder des normalen Unterrichts abgedeckt wurden, im Haushalt auszuweisen. Insgesamt würden zusätzliche Bedarfe von 2446 Stellen haushaltsmäßig abgesichert, davon im Umfang von 1546 Stellen durch Streichung von kw-Vermerken. In Höhe der verbleibenden 900 Stellen werden bisher für Erziehungsurlaub (750) und Sonderunterricht (150) veranschlagte Stellen abgesetzt, so daß sich der Gesamtstellenbestand des Einzelplans 05 formal nicht verändere. Dem KM werde nach Wegfall der 750 Stellen für Erziehungsurlaub nunmehr erlaubt, in allen Beurlaubungsfällen bei Erziehungsurlaub Aushilfskräfte zu beschäftigen. Es würden daher für rund 1400 Stellen Mittel für befristete Beschäftigung bereitgestellt. Ferner würden als Ersatz für die abgesetzten 150 Stellen für Sonderunterricht ebenfalls Geldmittel für Aushilfskräfte zur Verfügung gestellt. Insgesamt würden somit Mittel für 1550 befristete Beschäftigungsverhältnisse veranschlagt. Des weiteren soll der Einstellungskorridor um 50 Stellen in der Hauptschule, um 50 in der Realschule und um 100 im Gymnasium erhöht werden.

Darüber hinaus sehe der Nachtrag 7,5 Millionen Mark für den Ausbau des ADV-Schulinformationssystems vor mit dem Ziel, im Interesse einer flexiblen Stellenbewirtschaftung auch die Schulen in dieses System einzubeziehen.

Es werde drei Einstellungskategorien geben:

- Übernahme in Dauerbeschäftigung (in der Regel in das Beamtenverhältnis);
- befristete Beschäftigung als Vertretungslehrer für Erziehungsurlaub;
- befristete Beschäftigung als Vertretungslehrer im Falle des Hausunterrichts.

Für Dauerbeschäftigung würden insgesamt 3786 Einstellungsmöglichkeiten geschaffen.

Für den Schulbereich soll wieder die Regel gelten, in allen Fällen von Erziehungsurlaub Aushilfskräfte als Vertretung vorübergehend einzustellen. Im Gegenzug seien 750 BAT-Stellen für Vertretungslehrer gestrichen worden mit der Folge, daß die bereits eingegangenen Angestelltenverträge zum 31. August 1992 in Beamtenverhältnisse überzuleiten sind.

## Schwier stellt beim Erziehungsurlaub das Prinzip „Geld statt Stellen“ heraus

Die Mittelbereitstellung für Erziehungsurlaub und den Sonderunterricht setze den Gedanken des Handlungskonzepts um, „Geld statt Stellen“ für eine schnelle Bewältigung von Unterrichtsausfall einzusetzen.

Alle Einstellungsarten zusammengefaßt ergeben zum Schuljahr 1992/93 insgesamt 5336 Einstellungsmöglichkeiten. Hierbei sei zu unterscheiden zwischen Stellen, die unmittelbar in den Schulformkapiteln ausgewiesen und Stellen, die im Kapitel 05 300 — Schulen gemeinsam — ausgewiesen seien. 1000 Ausgleichsstellen für die Lehrerfortbildung verteilen sich auf die verschiedenen Schulkapitel. Für die Integration Behinderter seien 115 Stellen vorgesehen. Damit sind die laufenden Modellversuche anerkannt.

Für die Teilzeitberufsschule wird es eine Relationsverbesserung von 45 auf 42,5 geben. Ein für Realschule und Gymnasium eingeführter Ausländerzuschlag (1 : 150) soll für muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und Integrationshilfen verwendet werden. Ferner ergebe sich, daß in begrenztem Umfang aus dem zusätzlichen Einstellungskorridor ausländische Lehrer einzustellen seien. Kapitel 05 300 weise jetzt 1026 Stellen zur Deckung besonderen pädagogischen Bedarfs aus.

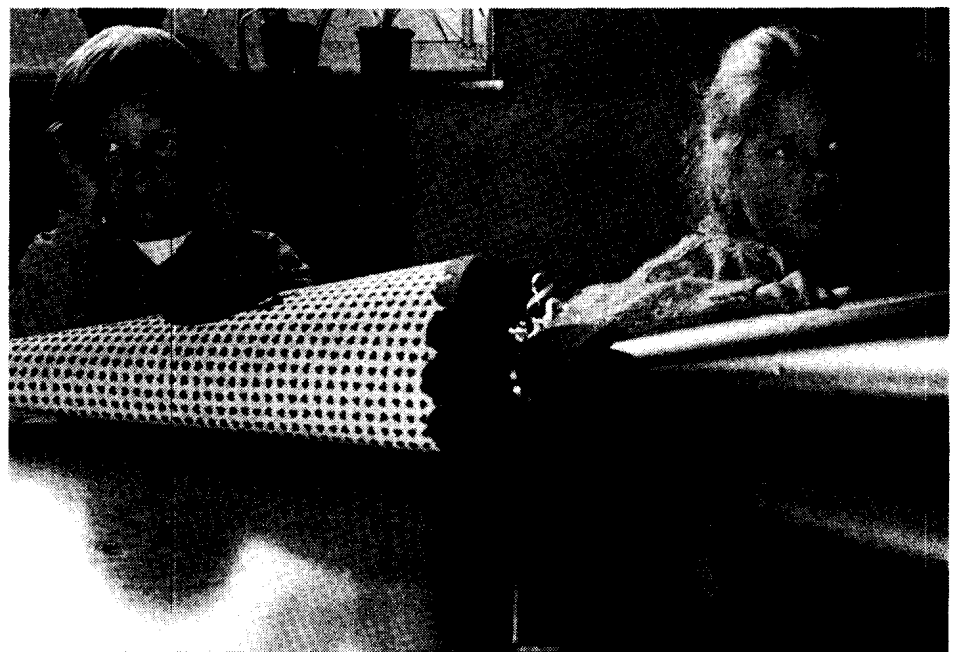
Beatrix Philipp (CDU) bezweifelte, daß durch den Nachtragshaushalt bereits 80 bis 85 Prozent der im Kienbaum-Gutachten aufgestellten Forderungen — wie von der Landesregierung behauptet — bereits erfüllt seien. Bei der Ausbringung von 115 Stellen zur Integration Behinderter befürchtete sie, daß damit falsche Hoffnungen erweckt und neue Ungerechtigkeiten geschaffen würden. Im übrigen müsse der Kultusminister sich fragen lassen, wie ernst er die in der Regie-

rungserklärung angekündigte öffentliche Diskussion nehmen, die noch nicht stattgefunden habe.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) bezeichnete den Nachtragshaushalt als „Frechheit“ und unakzeptabel. 17400 erwirtschaftete Stellen sollen mittels fehlenden Strukturkonzeptes aus den Schulen herausgepreßt werden. Auch müsse sich die SPD fragen lassen, wie sich die angekündigte Integration mit der allgemeinen Vergrößerung von Klassen verträge. Daneben seien von den 1750 Stellen im Nachtrag allein 1550 Aushilfsstellen, die keine Planstellen und damit haushaltsrechtlich nicht abgesichert seien.

Andreas Reichel (F.D.P.) bewertete die Relationsverbesserung der Berufsschule, den Ausländerzuschlag für Realschule und Gymnasium und die Stellen zur Behinderten-Integration als durchaus positiv. Entscheidendes sei damit aber nicht vollbracht. Wichtig sei, wie viele zusätzliche Stellen der Nachtrag tatsächlich bringe und woher die Mittel dafür kommen. Daneben sei von entscheidender Bedeutung, welche Bedarfsfeststellungen den 1750 Einstellungen zugrunde liege. Er warnte vor einer völligen Entrechtlichung der Lehrerbedarfsfeststellungen.

Herbert Heidtmann (SPD) konnte die Bedenken der Oppositionssprecher nicht teilen. Er lobte insbesondere die Vorlage 11/1144 als hervorragende Fleißarbeit des Kultusministers und fragte unter anderem zu den Bereichen des zusätzlichen Bedarfs für Integrationsmaßnahmen und den Vorstellungen zur Schließung der Versorgungslücke von 3617 Stellen durch Maßnahmen im Landeshaushalt 1993 nach.



Schulpolitik — quo vadis? Die beiden Erstklässer jedenfalls wissen es nicht, sie werden es am eigenen Leib noch erspüren. In der Rückschau dann werden sie vielleicht beurteilen können, ob ihre Schule dem Anspruch, allen jungen Menschen die möglichst gleichen Chancen für den weiteren Bildungsweg zu geben, tatsächlich auch erfüllt hat.

Foto: Kersten

## Innenausschuß erörtert den Datenschutzbericht

### Dankesworte an Beauftragten und seine Mitarbeiter

Mit dem 10. Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten für das Land Nordrhein-Westfalen hat sich der Ausschuß für Innere Verwaltung unter der Leitung seines Vorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) am 12. März befaßt. Dabei lobten die Sprecher der Fraktionen den umfangreichen, informativen und übersichtlichen Bericht des Landesdatenschützers Hans Maier-Bode. Für zusätzliche Erläuterungen und für die Beantwortung von Fragen aus der Mitte des Ausschusses stand Maier-Bode zur Verfügung. Beraten wurde in diesem Zusammenhang auch eine umfangreiche Stellungnahme der Landesregierung zu diesem 10. Tätigkeitsbericht.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) erkundigte sich nach dem Schicksal der Beanstandung des Berichts, auf die die Landesregierung in ihrer Stellungnahme nicht eingegangen ist. Der Sprecher des Innenministeriums versicherte, daß selbstverständlich allen Beanstandungen und Anregungen des Berichts nachgegangen werde.

Auf die Frage des Sprechers der SPD-Fraktion, Stefan Frechen, nach dem Handlungsbedarf im Landesbereich wies das Innenministerium auf die baldige Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes hin. Dem soll die Einbringung eines Geheimschutzgesetzes folgen.

Weitere Fragen befaßten sich mit den datenschutzrechtlichen Vorkehrungen hinsichtlich der Hooligan-Kartei, der Umsetzung des Schengener Abkommens hinsichtlich der

grenzüberschreitenden Datenübermittlung sowie mit der erkennungsdienstlichen Behandlung von Asylbewerbern. Zum letzten Punkt betonte Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium), daß die erkennungsdienstliche Behandlung nicht zwingend vorgeschrieben ist und daher nicht grundsätzlich stattfinden wird. Eine grundsätzliche Vorgehensweise, so fügte Hans Maier-Bode hinzu, wäre verfassungsrechtlich bedenklich, die erkennungsdienstliche Maßnahme bei Einzelpersonen oder auch bestimmten Gruppen sei allerdings zulässig. Auch Ausschußvorsitzender Reinhard bedankte sich beim Landesbeauftragten und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und sagte eine zügige abschließende Beratung des vorgelegten Berichtes zu.

Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, die Gewalt gegen Schwule zu bekämpfen. Nach dem Willen der Antragstellerin sollte der Landtag die Landesregierung auffordern, ein Maßnahmenprogramm gegen die antischwule Gewalt vorzulegen. Die übrigen Fraktionen zeigten zwar Einigkeit in der Verurteilung der Gewalt, betonten jedoch, daß zu einer Sonderbehandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Minderheiten kein Bedarf bestünde. Roland Appel von der Fraktion DIE GRÜNEN hielt dem entgegen, daß gruppenspezifischen Erscheinungsformen der Kriminalität entsprechende Maßnahmen zu deren Bekämpfung entgegengesetzt werden müßten.

Der Ausschuß suchte ferner nach Wegen einer Entschädigung solcher Opfer des Nationalsozialismus, die in den bisherigen Regelungen des Entschädigungsgesetzes nicht erfaßt sind. Im Zusammenhang mit einem entsprechenden Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN und einem von ihr vorgelegten Gesetzentwurf soll daher ein Gespräch mit Sachverständigen stattfinden, „um herauszufinden“, so die Abgeordnete Brigitta Heemann (SPD), „wo noch Einzelfallregelungen nötig und auch möglich sind“.

Auf die ständigen Änderungen der bundesrechtlichen Regelungen wies Maria Theresia Opladen (CDU) hin. Es gelte zu klären, nicht nur welche Fälle, sondern auch in welchem Umfang diese zu erledigen wären. Dagmar Larisika-Ulmke stimmte dem zu, auch hinsichtlich besonderer Gruppen, die möglicherweise gegenüber anderen schlechter gestellt sind. Der Ausschuß wird sich noch in diesem Monat auf den Kreis der Sachverständigen und einen Gesprächstermin einigen.

Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde sollte der Innenminister auf Antrag der Fraktion der CDU über ein Tötungsdelikt in Dortmund berichten. Dort war Ende des vergangenen Jahres ein türkisches Mitglied der islamischen Gemeinde von einem Deutschen getötet worden, dem wiederholt das Überqueren des zur Moschee gehörenden Grundstücks durch Zuruf untersagt worden war. Brunhild Decking-Schwill (CDU), der nach ihren Darstellungen daran liegt, daß den türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Gerechtigkeit widerfährt und sie in ihrer Betroffenheit ernstgenommen werden, trug einen so umfangreichen Fragenkatalog vor, daß auf Vorschlag des Ausschußvorsitzenden eine ausführliche Beratung des Themas in der nächsten Ausschußsitzung stattfinden wird.

Auf Anfrage der CDU-Fraktion trug Staatssekretär Wolfgang Riotte vor, welche Gesetzgebungsvorhaben der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode noch zu erwarten sind, soweit der Bereich der Inneren Verwaltung betroffen ist. Dazu gehören Gesetzesnovellen zum Landeswahlgesetz, Landespersonalvertretungsgesetz, zur Disziplinarordnung, zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, zur Berufsordnung für Vermessungsingenieure, die Novellierung des Wahlkreisgesetzes und des Polizeiorganisationsgesetzes sowie des Verfassungsschutzgesetzes, dem die Einbringung eines Geheimschutzgesetzes folgen wird. Kurzfristig wurde die Vorlage eines Gesetzes zur Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung angekündigt.



Kurdenführer Dr. Massoud Barsani hat während seines Aufenthaltes in Nordrhein-Westfalen den Landtag besucht und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe empfangen worden (linkes Bild). Barsanis Dank galt auch NRW-Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD), der sich mit ihm bereits während seiner ersten Europareise im Jahr 1989 zu einem Gespräch zusammengefunden hatte. Diesmal dabei waren ferner der SPD-Abgeordnete Reinhold Hemker (3. v.r.) und der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender (2. v.l.). – „Feindbild Brummi – Rahmenbedingungen für den Güterverkehr auf dem Prüfstand“. Mit diesem Thema beschäftigte sich ein Forum der F.D.P.-Landtagsfraktion am 16. März 1992 im nordrhein-westfälischen Landtag (rechtes Bild). Experten diskutierten auf Einladung der F.D.P. die Probleme des Güterverkehrs und entwickelten Perspektiven für die Zukunft.

Fotos: Schüler/Kewer

## Aktuelle Viertelstunde

# Beschleunigung der Asylverfahren zentrales Thema im Rechtsausschuß

Nordrhein-Westfalen soll nach dem einmütigen Votum des Rechtsausschusses die sogenannte Freischuß-Regelung in der Juristenausbildung einführen. Dies stellte am Ende einer Diskussion über entsprechende Erfahrungen in anderen Bundesländern der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Friedrich Schreiber (SPD), fest. Diese Regelung sieht vor, daß ein Staatsexamen, welches nach Ablauf der Regelstudienzeit absolviert und nicht bestanden wird, nicht angerechnet wird.

Zu Beginn der Debatte, die von der Fraktion der F.D.P. beantragt war, verkündete der rechtspolitische Sprecher der SPD, Dr. Dieter Haak, seine Fraktion werde die Landesregierung auffordern, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Dr. Hans-Ulrich Klose und Heinz Paus (beide CDU) sprachen sich für eine rasche Einführung dieser Regelung in NRW aus. Darüber hinaus sei aber auch zu prüfen, ob eine entsprechende Regelung in anderen Studiengängen sinnvoll oder geboten erscheine. Während sich Heinz Lanfermann (F.D.P.) über die positive Resonanz in den großen Fraktionen freute, äußerte lediglich Roland Appel von der Fraktion DIE GRÜNEN Bedenken, daß eine solche Regelung auch wiederum zu einer Chancenungleichheit führen könnte, weil nicht alle unter gleichen Bedingungen und Lebensumständen studieren können. Auch Ausschußvorsitzender Schreiber bezeichnete die angestrebte Regelung als einen guten Schritt in die richtige Richtung, der jedoch zu keiner Lösung der Gesamtsituation, nämlich der Verkürzung der zu langen Studienzeiten, führt. Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) wies darauf hin, daß er stets für eine Verkürzung der Studienzeiten plädiert habe, die sich aber nicht nur in der „Freischuß-Regelung“ erschöpfen könne. Inzwischen gebe es eine Bundesratsinitiative von 14 Bundesländern zur Reform der Juristenausbildung. Man hätte die für NRW angestrebte Regelung dort einbetten können, dann wäre jedoch der Zeitpunkt ihrer Einführung ungewiß. Er erwähnte in diesem Zusammenhang eine Befragung der Referendare — mit sehr hohem Rücklauf — nach den Gründen für eine zu lange Studienstufe. Danach sei es nicht die Fülle des Stoffes, die Jurastudenten veranlasse, sich erst spät zum Examen anzumelden. Hauptgrund sei vielmehr, daß die Studenten und Studentinnen die Bewältigung von Streßsituationen nicht gelernt hätten. Mit der „Freischuß-Regelung“ würde natürlich eine Senkung dieser Hemmschwelle erreicht, was er begrüßen würde. Im Rahmen einer aktuellen Viertelstunde befaßte sich der Rechtsausschuß zuvor mit den konzeptionellen Vorstellungen des Justizministers zur Abschiebehafte. Minister Krumsiek wies darauf hin, daß die Beratungen des Gesetzes zur Beschleunigung der



Über das in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen festgeschriebene Verhältnis zwischen Parlament und Landesrechnungshof referierte am 17. März Professor Dr. Klaus Grupp (Mitte) von der Universität des Saarlandes. Gastgeber war der Ausschuß für Haushaltskontrolle des Landtags mit seinem Vorsitzenden Walter Neuhaus (r.), der Grupp für seinen Beitrag zur Klärung und Versachlichung der weiteren Ausschußberatung von zwei Gesetzentwürfen dankte, die die CDU für eine effektivere Ausgestaltung der Finanzkontrolle der Regierung durch das Parlament vorgelegt hat. Aufmerksam Zuhörer war auch der Präsident des Landesrechnungshofs NRW, Professor Dr. Eberhard Munzert (l.). Ein Bericht über den Vortrag Grupp's folgt.  
Foto: Schüler

Asylverfahren in Bonn noch nicht abgeschlossen und der Zeitpunkt des Inkrafttretens der erwarteten gesetzlichen Regelungen ungewiß sei. Das Gesetz habe sicherlich Auswirkungen auf die Dauer der Abschiebehafte. Vorab könne er aber feststellen, daß nationale und weltanschauliche Unterschiede der Abschiebehäftlinge eine sensible Handhabung erforderlich machen würden, Kinder nicht in Gefängniszellen gehörten und Abschiebehäftlinge nicht mit Strafgefangenen im gleichen Gebäude untergebracht werden könnten. Die Kritik aus den Oppositionsparteien, die freigewordenen Anstalten in Gütersloh, Coesfeld und Herne ausgewählt zu haben, wies er zurück und nannte Gründe, weshalb andere Anstalten nicht in Betracht kämen. Den zusätzlichen Personalbedarf bezifferte er mit 108 Stellen.

Mit den erforderlichen zusätzlichen Stellen zur Beschleunigung der Asylverfahren befaßte sich der Rechtsausschuß auch im Rahmen des Nachtragshaushaltsgesetzes. Hierbei geht es vornehmlich um die Verfügbarmachung von Planstellen und Stellen im Bereich des Justizministers für die Vollziehung von Abschiebehafte. Diese Stellen müssen nach Inkrafttreten des Beschleunigungsgesetzes sofort besetzbar sein. Dazu bedarf es der gesetzlichen Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre. Helmut Diegel (CDU) kritisierte die vorgeschlagene Lösung als unzureichend, insbesondere im Hinblick auf den im Strafvollzug ohnehin vorhandenen Überstundenberg. Auch Heinz Lanfermann sah keine Einhaltung der Zusage, die für eine beschleunigte Abwicklung der Asylverfahren notwendigen Personalkosten bereitzustellen. Vorgesehen ist, 50 Planstellen und Stellen im Bereich des Justizministeriums aus der Stellenbesetzungssperre herauszunehmen. Weitere 58 notwendige Planstellen und Stellen will der Justizminister zur Durchführung dieser Aufgabe aus

dem vorhandenen Bestand erwirtschaften. Dr. Hans-Ulrich Klose sagte zwar die Zustimmung seiner Fraktion zu. Er hielt aber diese zusätzlichen Stellen angesichts der problematischen Klientel in der Abschiebehafte und der zu erwartenden Schwierigkeiten — beispielsweise schon im sprachlichen Bereich — nicht für ausreichend. Roland Appel lehnte die vorgeschlagene Lösung ab. Dabei wies er darauf hin, seines Erachtens sei nicht auszuschließen, daß auch Kinder in Abschiebehafte genommen würden. Dr. Dieter Haak bezeichnete eine größere Personalvermehrung zwar als wünschenswert. Er machte jedoch auf die finanziellen Grenzen aufmerksam und plädierte dafür, den Nachtragshaushalt schnell auf den Weg zu bringen. Bis zur Beratung des Haushaltsplans für das kommende Jahr müßten dann Erfahrungen gesammelt und geprüft werden, ob weitere Schritte notwendig seien. Friedrich Schreiber verdeutlichte noch einmal, daß niemand sagen könne, wann das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren in Kraft treten wird. Erst dann könne und müsse die Entwicklung beobachtet werden.

## Datenbanken...

Fortsetzung von Seite 10

Für die CDU erklärte der Abgeordnete Dr. Hans-Ulrich Klose, auch die Union sei der Auffassung, die Anträge für erledigt zu erklären. Es habe sich herausgestellt, daß das Land nur geringe gesetzgeberische Möglichkeiten habe. Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) war dagegen mit dem Hinweis auf die Bundeskompetenz nicht zufrieden. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde vertrat die Ansicht, angesichts der begrenzten Möglichkeiten der Landesregierung habe er schon vor einem Jahr gesagt, er halte von dem ganzen Unterfangen außerordentlich wenig.

## Klarheit über Hindernisse einer bundeseinheitlichen Regelung erstrebt

### Unterschiedliche Ländergesetze würden zu „Fortpflanzungstourismus“ führen

*Auf einer Konferenz der Justizminister 1986 wurde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die ein Gesamtkonzept zur Regelung der sich aus den neuen Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin ergebenden vielfältigen Probleme erarbeitet und Lösungsvorschläge erstellen sollte. Die Arbeitsgruppe legte im September 1988 einen Abschlußbericht vor, der Empfehlungen zur Regelung der sich aus den Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin ergebenden Probleme sowie Vorschläge zur gesetzgeberischen Umsetzung enthält. Im Prinzip lassen sich zwei alternative Möglichkeiten zur Regelung der Fortpflanzungsmedizin denken: Zum einen ein Bundesgesetz mit umfassenden Regelungen des Gesamtbereichs der Fortpflanzungsmedizin und zum anderen eine Regelung durch Landesgesetze. Wegen der fehlenden grundgesetzlichen Kompetenz des Bundes ist eine solche umfassende, an sich wünschenswerte Regelung nicht möglich. Eine Nicht-Regelung ist andererseits jedoch kaum zu verantworten.*

Wolfram Kuschke (SPD) nannte dies auf der 20. Sitzung des Ausschusses „Mensch und Technik“ ein Paradebeispiel dafür, wie eine Technik mit erheblichen Regelungslücken de facto zugelassen wird. Auch die Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), bezeichnete es als einen unhaltbaren Zustand, daß eine Technik angewandt wird, die nicht geregelt ist. Das Problem könne nicht in Ethik-Kommissionen abgeschoben werden. Schließlich gelte es,

die Verstöße zu kontrollieren und strafrechtlich zu ahnden. Das im Oktober 1990 vom Bundestag verabschiedete Embryonenschutzgesetz beschränkt sich lediglich darauf, möglichen Mißbräuchen neuer Fortpflanzungstechniken zu begegnen. Es bleibe die Frage, wie das gesamte Feld der Fortpflanzungsmedizin geregelt werden kann. Eine länderrechtliche Regelung mache wiederum nur dann Sinn, wenn dies länder einheitlich geschieht. Andernfalls

drohe, so Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.), ein Tourismus in Sachen Fortpflanzungsmedizin.

Riemer schlug eine gemeinsame Initiative des Ausschusses vor, damit angesichts der Dringlichkeit der Regelung ein Entwurf zustandekommt. Unabhängig von den Ergebnissen einer öffentlichen Anhörung, die unter Beteiligung des Ausschusses „Mensch und Technik“ und des Frauenausschusses vom Ausschuß für Arbeit und Soziales durchgeführt wird, hat der Ausschuß „Mensch und Technik“ beschlossen, die Landesregierung um eine Darstellung der Schwierigkeiten und Hindernisse, die einer bundeseinheitlichen Regelung in der Fortpflanzungsmedizin entgegenstehen, zu bitten. Nach dem Bericht des Justizministeriums im Ausschuß bevorzugt die Landesregierung eine gesundheitsrechtliche Regelung der Fortpflanzungsmedizin, während die Bundesregierung in dieser Frage zurückhaltend sei.

Hans-Karl von Unger (CDU) plädierte ebenfalls eine bundeseinheitliche Regelung und forderte das Land auf, initiativ zu werden.

### Arzneimittelrisiken

Weiterhin standen die Risiken von Arzneimitteln auf der Tagesordnung des Ausschusses „Mensch und Technik“. Staatssekretär Bodenbender (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) kündigte für die kommende Sitzung des Ausschusses einen genaueren Bericht über dieses Thema an. Darüber hinaus will der Ausschuß zwei Sachverständige aus dem Gesundheitswesen einladen, um sich ein differenziertes Bild vom Ausmaß der Arzneimittelrisiken zu machen. Hintergrund dieser Aktivitäten ist eine Studie eines Bremer Arztes, der mehrere Jahre die Nebenwirkungen von Arzneimitteln dokumentierte. In dieser „Bremer Studie“, die der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales dem Ausschuß zur Verfügung stellte, war die Rede von etwa 100 Todesfällen pro eine Million Einwohner und Jahr. Dies würde hochgerechnet für die Bundesrepublik Deutschland jährlich rund 8000 arzneimittelbedingte Todesfälle bedeuten.

### „Stalag 326“ soll dokumentiert werden

Eine Förderungssumme von 50000 Mark liegt seit 1989 für eine Dokumentation in Buchform über das Kriegsgefangenenlager „Stalag 326“ vor, das 1941 in Stukenbrock errichtet wurde. Dies erklärt das Kultusministerium auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN). Der Errichtung einer Dokumentationsstätte stehe die Landesregierung grundsätzlich positiv gegenüber, konkrete Vorhaben seien ihr jedoch nicht bekannt, heißt es weiter. Die Diskussion über eine Trägerschaft oder Unterstützung einer solchen Dokumentationsstätte setze die Vorlage der Dokumentation in Buchform voraus. Darüber hinaus habe der Kultusminister eine Wanderausstellung als eine alternative Dokumentationsform angeregt (Drs. 11/2308).

## Großer Beratungsbedarf in Städten und Gemeinden

### Institut für Kommunalwissenschaft anerkannt

*Am 27. Januar 1992 hat das Innenministerium Nordrhein-Westfalen das Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften NW (IKV NW) in Düsseldorf als Institut an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW endgültig und unbefristet anerkannt. Das Institut widmet sich der angewandten Forschung und der Beratung von Städten und Gemeinden des Landes in allen kommunalen Aufgaben und wesentlichen Fragen des Verwaltungsmanagements. Mit der institutionellen Anerkennung hat die bisherige Ausrichtung der Forschungs- und Beratungstätigkeit des IKV NW ihre „offizielle“ Bestätigung gefunden.*

Träger des Instituts ist eine gemeinnützige Forschungsvereinigung mit zur Zeit insgesamt 170 Mitgliedern, darunter 24 Städten und Gemeinden, unter anderem der Landeshauptstadt Düsseldorf. Dem Trägerverein gehören außer den Städten und Gemeinden der Deutsche Beamtenbund mit seinem Landesbund Nordrhein-Westfalen, der Landkreistag NW, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik NW und die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker NW sowie Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestages und des Landtages NW, Professoren, Dozenten und Verwaltungsexperten an. Die Forschungs- und Beratungstätigkeit wird von mehr als 30 Professoren und Dozenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW und anderer Hochschulen des Landes getragen; alle für die kommunale Verwaltung relevanten wissenschaftlichen Disziplinen sind hierbei vertreten.

Aktuelle Tätigkeitsschwerpunkte und laufende Projekte des Instituts:

- Reform der Kommunalverfassung
- Kommunale Verkehrs- und Versorgungsbetriebe
- Organisationsuntersuchungen und Aufgabenkritik

- Dienstleistungsorientierung, Bürgernähe und Mitarbeiterfreundlichkeit von Städten und Gemeinden
  - Moderne Informationstechnik in der Kommunalverwaltung
  - Aufbauhilfe in den neuen Bundesländern.
- Das Institut hat im vergangenen Jahr vier Gutachten erstellt, mehrere Beratungsprojekte abgeschlossen und mehrere Fortbildungsveranstaltungen in den neuen Bundesländern durchgeführt. Auftraggeber waren Städte, Gemeinden und Stiftungen. Den Charakter des Instituts als Forschungseinrichtung unterstreichen zwei größere Forschungsaufträge von Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen, die sich auf die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung beziehen.

Daß die Nachfrage von Städten und Gemeinden nach externer Unterstützung auch weiterhin zunehmen wird, hängt nach Auffassung von Direktor Prof. Albert Günther mit einer aktuellen Umbruchsituation zusammen: „Bürger und Unternehmen verlangen den Städten und Gemeinden in immer stärkerem Maße eine Dienstleistungsorientierung ab, die Maßnahmen der Verwaltungsreorganisation nach sich zieht und vielfältige rechtliche Problemstellungen aufwirft.“

## Extremismus in Deutschland: Mehr Rechte, weniger Linke

### Historiker äußert bei Seminar in Trier Sorge über „politisches Bausparverhalten“

Mit Seminaren für Journalisten wirbt neuerdings das Bundesministerium des Innern um ein besseres Image für den Verfassungsschutz. Als das „Gegenteil“ des Staatssicherheitsdienstes der DDR stellte sich das Bundesamt für Verfassungsschutz kürzlich auch bei der „Inter-schul“ in Dortmund der breiten Öffentlichkeit vor. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa waren Zweifel an der künftigen Daseinsberechtigung der Verfassungsschützer laut geworden, da der Hauptgegner, die östlichen Nachrichtendienste, in Auflösung und Zerfall begriffen waren. Bei einem Seminar in Trier wurde jetzt die gegenwärtige Lage der inneren Sicherheit erörtert und wurden neue Zahlen zu Aktivitäten im Rahmen von „Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ präsentiert. Ein Bonner Historiker sah jedoch größere Gefahren für die deutsche Demokratie als durch Extremisten durch Destabilisierungstendenzen in der Gesellschaft selbst, etwa durch tägliche Verletzung des Anstands in den Schulen.

Als „Extremismus“ bezeichnen die Experten des Verfassungsschutzes „Bestrebungen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung ganz oder teilweise abzuschaffen“. Rechtsextremisten treten für einen Führerstaat wie im Dritten Reich ein. Linksextremisten wollen alle Macht einer Klassenpartei übertragen. „Radikale“ dulden die Verfassungsschützer als Leute, die politische Probleme wie das Asylrecht oder das Strafmaß in der Justiz radikal lösen wollen, ohne jedoch das demokratische System im Grundsatz anzugreifen.

Im vereinten Deutschland zeichnet sich für die Sicherheitsexperten mehr Arbeit bei der Beobachtung am rechten Rand des politischen Spektrums, weniger bei den Linksextremisten, jedoch unverändertes Augenmerk auf die Spionageabwehr und gefährliche Aktivitäten von Ausländern ab. Zum Jahresende 1991 ermittelte der Verfassungsschutz 39 800 Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, wovon etwa zwei Drittel zur alten „Stammkundschaft“ des Verlegers der „Nationalzeitung“ gehören. Gegenüber 1988 hat damit das aktive Personal am rechten Rand um rund 30 Prozent zugenommen. Der Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz sieht dadurch die innere Sicherheit (noch) nicht als gefährdet an, hält jedoch Wahlerfolge im rechten Lager für möglich, wenn der Aufschwung in den neuen Ländern sich weiter verzögert. Parteien und Organisationen am linken Rand haben durch den Zusammenbruch des Kommunismus zahlreiche Mitglieder verloren. Mit 30 000 Ende 1990 waren es nur noch halb so viele wie vor zehn Jahren. Im Laufe des Jahres 1991 dürfte mit weiteren Auflösungserscheinungen zu rechnen sein. Allerdings werden neue Seilschaften in Behörden, in der Industrie und in Bildungseinrichtungen aus unbeugsamen Marxisten der westdeutschen Linken und entwurzelten ostdeutschen Anhängern des SED-Regimes beobachtet.

In der rechtsextremen Szene sind die Skinheads am auffälligsten, deren Stärke das Bundesamt für Verfassungsschutz Ende 1991 mit 6 500 beziffert, davon 4 200 „potentielle Gewalttäter“, 1 200 in den alten Bundesländern. Der NRW-Innenminister hält gewalttätige Skinheads für eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, wie in seinem Verfassungsschutzbericht für das erste Halbjahr 1991 zum Ausdruck kommt. „Skinhead zu sein, bedeutet Nationalist zu sein, der sein Vaterland liebt, der jederzeit für Stolz und Ehre kämpft“, heißt es in deren Magazin

„Schlachtruf“. Auch in den neuen Bundesländern finden sie den meisten Zulauf durch Schul- und Ausbildungsabbrecher mit geringer Intelligenz, die in Kraftprotzerei und Brutalität einen Ausgleich für Mißerfolg und Orientierungsverlust suchen. Skinheads gehen gegen Ausländer, „Linke“, Homosexuelle,

erforscht. Parteiverdrossenheit, „politische Defizite“, geringes Risiko wegen rechtsfreier Räume, Verstärkung durch die Medien und Eskalation durch polizeiliche Maßnahmen wurden (in dieser Reihenfolge) als Ursachen aufgezählt.

Im Trierer Seminar war die Bekämpfung von Gewalt auf politische Bildung, auch über die Medien, und auf den „Beitrag der Pädagogik“ angelegt, wogegen sich allerdings verhaltener Protest gegen die Befrachtung der Schulen und Hochschulen als Aufklärungsinstanzen über gesellschaftliche Mißstände aller Art Luft verschaffte. Der Bonner Historiker Manfred Funke, Experte für Terrorismus-Erforschung und Autor einschlägiger Studien, ließ es jedoch bei Erklärungsmodellen nicht bewenden. „Aus Not“ als Hochschullehrer und Erzieher rief er dazu auf, Anstand und Sicherheit in diesen Staat zurückzuho-



In der Gewalttätigkeit neonazistisch beeinflusster, sonst aber nur lose organisierter Skinheadgruppen sieht das NRW-Innenministerium eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, wie aus dem Verfassungsschutzbericht 1991 hervorgeht. Experten der von der Bundesregierung eingesetzten Gewaltkommission treten dafür ein, die jugendlichen Extremisten nicht auszugrenzen, sondern in Gesprächen Vorurteile zu überwinden.

Prostituierte, Stadstreicher, russische Soldaten, Juden und Türken vor und stiften Schlägereien beim Fußball an.

In der zweiten Jahreshälfte 1991 nahmen Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund „erschreckend“ zu. Für die Sicherheitsfachleute, für Polizei und Politik bedeutete der Gewaltausbruch gegen Asylbewerber in Hoyerswerda im Herbst 1991 und die Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung einen Schock, der allerdings inzwischen als heilsam angesehen wird. „Maßnahmen“ erfolgten. So einigten sich die Innen- und Justizminister des Bundes und der Länder auf monatliche, einheitliche Lagebilder fremdenfeindlicher Straftaten, deren erste soeben beim Bundeskriminalamt eingegangen sind. Eine von der Bundesregierung eingesetzte „Gewaltkommission“ hat intensiv Fakten und Ursachen

len, um die Demokratie zu retten. Die Rechtskultur sei vom Verfall bedroht, in den Medien gebe es „Schönlügnerei“, Schulleiter drückten sich davor, alltägliche Verletzungen von Anstand und guten Sitten zuzugeben. Parteien ließen durch „politisches Bausparverhalten“ und aus Überzeugungsarmut Problemlösungsqualität vermissen. „Erschreckende Miteinanderlosigkeit“ gehe einher mit Verharmlosung der kriminellen Durchdringung von Führungsetagen, so daß nun doch Weimarer Zustände befürchtet werden müßten.

„Herr Bundeskanzler, machen Sie ein Faß auf!“ forderte der Referent des ersten Tages und zählte dessen Inhalt auf: Freiheit, Anstand, Sicherheit, Solidarität. Das war im sonst moderaten Seminarklima ein starker Auftakt. Für manche Journalisten war es ein Höhepunkt. mmm

## Untersuchungsausschuß setzt sich aus elf Mitgliedern zusammen

Der Landtag will am heutigen Dienstag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung auf Antrag der drei Oppositionsfractionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN beschließen. Gemäß dem Antrag soll sich der Untersuchungsausschuß aus elf stimmberechtigten Mitgliedern zusammensetzen. In dem Ausschuß werden die SPD-Fraktion mit sechs, die CDU-Fraktion mit drei, die F.D.P.-Fraktion sowie die Fraktion DIE GRÜNEN mit je einem Mitglied vertreten sein.

Nach dem Antragspapier (Drs. 11/3369) erhält der Untersuchungsausschuß den Auftrag, alle Sachverhalte und insbesondere die Rolle des Finanzministers und anderer verantwortlich handelnder Personen aufzuklären, soweit diese Sachverhalte und Verhaltensweisen mit dem Projekt „Neue Mitte Oberhausen“, dem Projekt „Entwicklungs- und Forschungszentrum für Mikrotherapie (EFMT), Bochum“ sowie dem Vorgang „Werbeaktion des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft zur Abfallvermeidung“ in Zusammenhang stehen.

Beim Projekt „Neue Mitte Oberhausen“ soll

laut Antrag insbesondere untersucht werden, ob das Haushaltsrecht beachtet sowie nach Recht und Gesetz und den üblichen Verfahrensregeln gehandelt worden ist.

Beim EFMT Bochum soll ebenfalls besonders untersucht werden, ob das Haushaltsrecht beachtet sowie nach Recht und Gesetz und den üblichen Verfahrensregeln gehandelt worden ist.

Beim Vorgang „Werbeaktion“ sollen insbesondere die Hintergründe der vom Verfassungsgerichtshof NRW am 28. Januar 1992 festgestellten Verstöße des Finanzministers gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen der Landesverfassung untersucht werden.

Der Antrag weist ferner aus, daß nach Abschluß der Untersuchungen dem Landtag Teilberichte der über die obig bezeichneten Sachkomplexe sowie darüber vorzulegen sind, welche Konsequenzen und Notwendigkeiten sich aus den jeweiligen Feststellungen ergeben.

Unterzeichnet haben den Antrag Dr. Helmut Linssen, Fraktionsvorsitzender, für die CDU, Dr. Achim Rohde, Fraktionsvorsitzender, für die F.D.P. sowie Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper als Sprecher ihrer Fraktion für die Grünen.

## Keine Änderung des Wahlrechts

Der F.D.P.-Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes (Abbau von Überhangmandaten, Drs. 11/2574) wurde vom Plenum in zweiter Lesung abgelehnt.

Gerhard Wendzinski (SPD) sah keinen Anlaß, das Landeswahlgesetz zu novellieren. Eine große Zahl von Wahlkreisen bringe mehr Bürgernähe.

Heinz Paus (CDU) lehnte ebenfalls ab. Die höhere Zahl von Abgeordneten habe noch nicht zu unerträglichen Arbeitsbedingungen geführt.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sprach sich für 101 Direkt- und 100 Listenmandate aus. Eine durchgreifende Parlamentsreform und weniger Abgeordnete seien notwendig.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) warf den großen Parteien vor, den Wählerwillen zu ignorieren. Im schlimmsten Fall könne der Landtag auf 301 Abgeordnete anschwellen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hielt den Vorwurf für dummes Zeug, es gehe um möglichst viele Abgeordnete.

## Gesamtschulen in Köln

Auf die Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Beatrix Philipp (Drs. 11/3062) erklärt das Kultusministerium, daß von der Schulaufsicht keine Aussage über die tatsächlichen Genehmigungsaussichten für eine weitere Gesamtschule in Köln gemacht werden könne, solange kein Antrag der Stadt Köln auf Erteilung einer solchen Genehmigung gestellt werde. Frau Philipp hatte der Kölner Tagespresse entnommen, daß ein Gesamtschulprojekt in Köln-Ehrenfeld geplant sei und Befürchtungen geäußert, daß ein solches Projekt sich nachteilig auf die Auslastung der anderen Schulformen auswirken könne. Darüber hinaus führte sie an, daß die bereits vorhandene Gesamtschule Raderthalgürtel nicht ausgelastet sei. Zur Neuerrichtung von Gesamtschulen generell teilte das Ministerium mit, Entscheidungen darüber würden erst bei Nachweis des Bedürfnisses getroffen.

## Industrieland Nordrhein...

Fortsetzung von Seite 4

Minister, es müsse geprüft werden, ob der bisherige Außenschutz gelockert werden könne, um GATT-Verhandlungen in Form eines Kompromisses zu ermöglichen.

Wilhelm Krömer (CDU) betonte, unstrittig sei, daß GATT erfolgreich abgeschlossen werden müsse. Das sei für den Export und die Landwirtschaft wichtig, aber auch für die dritten Länder und die Entwicklungshilfe. Ohne einen Außenschutz werde es jedoch nicht gehen. Der Außenschutz solle nicht dazu führen, daß die Dritte Welt vor der Tür stehengelassen werde. Eine in die Zukunft ausgerichtete Agrarpolitik müsse von globalen Wechselbeziehungen ausgehen, um dort ihre Lösungsansätze zu konzentrieren. Agrarpolitik in der Dritten Welt müsse vor allem dem Ziel der Ernährung der dort einheimischen Bevölkerung dienen.

Wolfram Dorn (F.D.P.), Landtagsabgeordneter, hat sein 21. Buch veröffentlicht. Dorn ist der Herausgeber der im Göttinger Steidl-Verlag erschienenen Dokumentation des 1.

gesamtdeutschen Schriftstellerkongresses 1991 in Travemünde. Das Buch hat als Titel das Hölderlin-Zitat „Komm ins Offene, Freund!“



Zwei Indianerinnen hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (2. v.r.) auf Anregung der Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag empfangen. Beide Frauen sind Sprecherinnen des Netzwerks nordamerikanischer Ureinwohnerinnen. Janet Mc Cloud (2. v.r.) vom Stamme der Tulalips in Washington State ist 58 Jahre alt, Mutter von acht und Großmutter von 30 Kindern. Unter ihrem indianischen Namen Yet-Si-Blue hat sie in den 60er Jahren eine große Rolle im Kampf für die Fischrechte der indianischen Nationen gespielt. Sie war Mitbegründerin der Assoziation Amerikanischer Indianer und Indianerinnen sowie des Netzwerks. Nilak Butler (r.) ist Angehörige der Nation der Inuit in Kanada. Sie ist Schriftstellerin, Schauspielerin und organisiert Aktionen der Urbevölkerung in den US-Staaten Wisconsin, Neu Mexiko, Süd-Dakota und Kalifornien. Zur Zeit lebt sie in San Francisco. Frau Butler ist rechtliche Vertreterin des Stammes der Siletz für Fisch- und Jagdrechte im Nordwesten der USA und in der kanadischen Provinz Alberta. Beide Frauen waren auf Einladung des Internationalen Frauenfriedensarchivs Oberhausen zu Gast in der Bundesrepublik. Das Bild zeigt außer ihnen und der Präsidentin zwei Begleiterinnen sowie die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Bärbel Höhn (M.). Foto: Schüler



## Ehemalige Abgeordnete diskutierten über Altenpolitik im Land

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen hatte für ihre Jahreshauptversammlung am 16. März die Altenpolitik zum Schwerpunktthema gewählt. Ehe sie sich jedoch den Fragen der älteren Menschen im Lande zuwandte, erinnerte die Vorsitzende, Staatsministerin a.D. Inge Donnepp, an den verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes NRW, Heinz Kühn. Die früheren Parlamentarier gedachten ihres toten Kollegen stehend. Frau Donnepp sagte, allen seien Heinz Kühns menschliche und politische Qualitäten bekannt. Seine Fähigkeit zu formulieren, habe man sehr oft bewundern können. Über alle Parteien hinweg habe er eine große politische und menschliche Glaubwürdigkeit verbürgt.

Grundlage der Altenpolitik in NRW ist der 2. Landesaltenplan. Darüber berichtete der Leiter des Referats „Grundsatzfragen der sozialen Dienste und Zusammenarbeit mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege“ im Arbeits- und Sozialministerium, Roland Borosch. Nach seinen Angaben weist die demografische Entwicklung aus, daß der Anteil der Alten immer mehr zunimmt. Den Hauptanteil stellen die Frauen. Der größere Teil sei dabei nicht von Pflegebedürftigkeit, sondern von Isolation und Vereinsamung bedroht. Ein Schwerpunkt sei daher die gesellschaftliche Integration. Dafür wende das Land 1992 rund 7,5 Millionen Mark auf. Das selbständige Wohnen werde mit Anpassungshilfen unterstützt. Eine wichtige Aufgabe bei der Wohnberatung komme dabei den Sozialstationen zu. Bis 1994 soll in den Sozialstationen je eine Pflegekraft auf 2500 Einwohner kommen.

## Mehr Kurzzeitpflege

Im Bereich der pflegerischen Versorgung bekommt laut Borosch künftig die Kurzzeitpflege mit befristeter Unterbringung mehr Gewicht. „Tages- und Kurzzeitpflege sind familienentlastende Dienste“, erläuterte der Sprecher des MAGS. Er ließ indessen keinen Zweifel daran, daß es auch in Zukunft notwendig sein werde, Pflegeheime zu bauen, weil „über die familiäre Situation nicht mehr ausreichend versorgt werden kann“. Zur Zeit gebe es 120 000 Heimplätze für alte Menschen in NRW, hieß es. Wenn der Modellrahmen stimme, würden weitere 30 000 benötigt. Borosch machte deutlich, daß der Beruf der Pflegerin oder des Pflegers heute unter erheblichen Akzeptanzschwierigkeiten leide. Es werde darauf ankommen, die Arbeitsbedingungen zu verändern. Nach seinen Worten wird das gesamte Altenplanprogramm rund fünf Milliarden Mark mit Jahresraten von 500 Millionen Mark kosten.

In der Diskussion sprach sich der Ex-Abgeordnete Rudi Bahr dafür aus, die ortsteilbezogene Altenpflege voranzutreiben, um aus der Anonymität herauszukommen. Sein Kollege Bernhard Spellerberg forderte eine Regelung, auf amtlichem Wege die Art der Lebensverhältnisse alter Menschen festzustellen, damit sie nicht, wie Spellerberg drastisch formulierte, „vor die Hunde gehen“.

## Marie-Luise Morawietz wird 60, Ulrich Schmidt 50 Jahre

### Ausschußvorsitzende und Vizepräsident begehen ihre „runden“ Geburtstage

Die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik und SPD-Abgeordnete Marie-Luise Morawietz begeht, am 29. März 1992 ihren 60. Geburtstag. Frau Morawietz vertritt den Wahlkreis 56 (Viersen I) im Landtag, wo die SPD bei der letzten Landtagswahl im Mai 1990 44,3 Prozent der Stimmenanteile und damit die Mehrheit holte. Die Industriekauffrau aus Viersen stammt aus dem Südwesten Deutschlands. Sie wurde in Neustadt an der Weinstraße geboren, besuchte dort die Oberrealschule und begann nach Abschluß der mittleren Reife 1948 eine kaufmännische Lehre. Die Kaufmannsgehilfenprüfung folgte 1951. Sie war dann in verschiedenen Wirtschaftsbereichen als Industriekauffrau tätig. 1984/85 wurde sie Geschäftsführerin der SPD-Kreistagsfraktion Viersen. Der Partei gehörte sie bereits seit 1972 an. Sie übernahm Aufgaben als Vorsitzende des Beirats der Justizvollzugsanstalt Willich 1, als Vorstandsmitglied der Drogenberatung Viersen-Dülken und wurde Ehrenmitglied des Vereins „dignitas“, Deutsche Interessengemeinschaft für Verkehrsunfallopfer. Seit 1973 gehört sie dem SPD-Ortsvereinsvorstand, seit 1984 dem AsF-Landesvorstand und seit 1988 dem SPD-Bezirksvorstand Niederrhein an. Seit 1989 amtiert Frau Morawietz auch als stellvertretende Landrätin. Mitglied des Landtags ist die verheiratete Mutter zweier Kinder seit 1985.

★

Der 2. Vizepräsident des Landtags und SPD-Abgeordnete Ulrich Schmidt aus Wetter an der Ruhr vollendet am 31. März 1992 sein 50. Lebensjahr. Der gelernte Industriekaufmann wurde in Witten geboren. Er absolvierte nach der Schulzeit eine kaufmännische Lehre und legte 1959 die Industriekaufmannsprüfung ab. Eine Verwaltungsprüfung im Sozialversicherungswesen schloß sich an. Schmidt wurde Fachangestellter und war zuletzt Gruppenleiter und Referent für Grundsatzfragen bei



Runde Geburtstage: v.l. Marie-Luise Morawietz und Ulrich Schmidt

einer Betriebskrankenkasse. Er ist seit 1964 Mitglied der SPD, war von 1965 bis 1967 Vorsitzender der Jusos Volmarstein und steht seit 1969 dem SPD-Ortsverein Wetter-Volmarstein als Vorsitzender vor. Seit 1980 ist Ulrich Schmidt auch stellvertretender Unterbezirksvorsitzender Ennepe-Ruhr-Witten. Der Politiker, der seit 1970 im Rat der Stadt Wetter sitzt, ist seit 1975 auch Bürgermeister dieser Stadt im Ruhrgebiet. Er bekleidet darüber hinaus das Amt des Kreisvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Ennepe-Ruhr, ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der Stadtparkasse Wetter und Mitglied des Kuratoriums Orthopädische Anstalten Wetter-Volmarstein. Der verheiratete Politiker gehört dem Landtag seit 1975 an und ist seit 1990 Vizepräsident. Er vertritt den Wahlkreis 122 (Ennepe-Ruhr-Kreis II). Dort erreichte die SPD bei der letzten Landtagswahl 58,4 Prozent der Stimmen.



Am Vorstandstisch: v.l. Referent Borosch, Inge Donnepp sowie die ehemaligen Abgeordneten Rudi Bahr, Lukas Schaa und Christoph Schulze-Stapen. Foto: Schüler

## SPD-Fraktion

### Ruhige Bildungsreform soll Eltern die Angst nehmen

Mit aller Entschiedenheit hat sich die SPD-Fraktion gegen den bildungspolitischen Horrorkatalog der CDU gestellt. „Die SPD wird nicht zulassen, daß die Eltern Angst davor haben müssen, daß ihren Kindern Bildungswege verschlossen werden und das Prinzip der Förderung durch das Prinzip der Auslese ersetzt wird“, erklärte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann. Die SPD-Mehrheit werde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die schulpolitische Wende rückwärts der CDU verhindern.

„Mit ihrem bildungspolitischen Schnellschuß wendet sich die CDU gegen die Entscheidungen der

besten Bildungsexperten, die es für ein Kind gibt, nämlich verantwortungsbewußte Eltern“, kommentierte Friedhelm Farthmann. An den Eltern vorbei wünsche die CDU eine Zugangskontrolle zum Gymnasium. Am Ende stehe nach ihrem Willen ein Zentralabitur, das dennoch nicht zur Aufnahme eines Studiums berechtige.

Mit ihrer Wende rückwärts orientiere sich die Union an der Bildungsideologie der 50er Jahre. Das Abitur am Gymnasium wolle sie entwerten, die Durchlässigkeit des Schulsystems abschaffen und die Vielfalt des Schulangebotes, auf die auch Handwerk und Industrie großen Wert legen, ohne Not zerschlagen, rügte Farthmann. Und ganz nebenbei falle die Union den Eltern ein weiteres Mal in den Rücken, indem sie die verfassungsmäßig garantierte Schulgeldfreiheit in Frage stelle.

Farthmann: „Wir setzen dem die Politik der ruhigen und wohlüberlegten Reform unseres Bildungssystems im europäischen Maßstab entgegen.“

## CDU-Fraktion

### Unternehmensberater soll prüfen

„Die Vorwürfe des DGB zur Strukturpolitik der SPD-Landesregierung sind ein Schlag ins Gesicht von Landeswirtschaftsminister Einert. Damit ist ein weiterer Landesminister aus dem Kabinett Rau in die Schußlinie geraten. Zugleich hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die seit langem geäußerte Kritik der CDU-Landtagsfraktion an der SPD-Wirtschaftspolitik und der Gutsherrenart der

Ministerriege fast wortwörtlich durch das vorgelegte Gutachten bestätigt.“ Dies erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Laurenz Meyer, zu dem DGB-Gutachten „ZIN am Scheideweg — Analysen und Perspektiven der NRW-Strukturpolitik“.

Als Beispiel nannte Meyer den von der Landesregierung als „Aufbruch zum Durchbruch“ großartig gefeierten „Handlungsrahmen für die Kohlegebiete“. „Wie groß war der Aufschrei auf den Regierungsbänken, als wir dies als reine Showveranstaltung charakterisierten. Doch nun wird unsere Einschätzung auch vom DGB geteilt. Er stellt fest: Diese

Eine schallende Ohrfeige fingen sich die Fraktionen von CDU und F.D.P. im Haushaltskontrollausschuß ein. Mit Gesetzentwürfen zur Änderung der Landesverfassung wollten sie den bisher zur Unabhängigkeit verpflichteten Landesrechnungshof für die Zwecke der Opposition instrumentalisieren. So will zum Beispiel die CDU, daß ein Fünftel der Abgeordneten des Landtages Aufträge an den Rechnungshof erteilen kann.

Staatsrechtler Professor Klaus Grupp erteilte diesem Ansinnen vor dem Haushaltskontrollausschuß eine klare Absage. Nach Prüfung der Rechtsliteratur sei es einheitliche Auffassung aller Sachverständigen, daß damit die durch Bundesrecht geschützte Unabhängigkeit der Rechnungshöfe ausgehebelt würde. Es müsse sichergestellt bleiben, daß es auch weiterhin im Ermessen der Rechnungshöfe liege, welche Sachverhalte wann und in welcher zeitlichen Reihenfolge geprüft werden.

Konferenzen hätten mit regionalisierter Strukturpolitik nichts zu tun. Es handele sich um reine Imageveranstaltungen.“

Nachdem nun alle wirtschaftsrelevanten Kräfte von Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und der politischen Opposition in NRW sich umfassend und kritisch zur Strukturpolitik der Landesregierung geäußert haben, ist die Forderung der CDU-Landtagsfraktion, die Wirtschaftsförderung in diesem Lande von einer unabhängigen Unternehmensberatungsgesellschaft untersuchen zu lassen, aktueller denn je — es sei denn, die Landesregierung befürchtet ein erneutes Kienbaum-Debakel.

## F.D.P.-Fraktion

### Untersuchungsausschuß wird eingesetzt

Auf Antrag von CDU, F.D.P. und Grünen wird der Landtag von Nordrhein-Westfalen in seiner Sitzung am 24. März 1992 einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen, der die Rolle des Finanzministers und das Zustandekommen der Projekte „Neue Mitte Oberhausen“, „Entwicklungs- und Forschungszentrum für Mikrotherapie (EFMT) in

Bochum“ und die Werbekampagne des Umweltministers vor der letzten Landtagswahl zum Gegenstand hat.

Für die F.D.P.-Fraktion werden der Oberhausener F.D.P.-Landtagsabgeordnete Heinz Lanfermann, Richter am Landgericht, und als Vertreter der Parlamentarische Geschäftsführer und Unternehmer Hagen Tschöeltsch aus Neunkirchen entsandt. Heinz Lanfermann leitete in der letzten Legislaturperiode den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Gladbecker Geiseldrama.

Mit Empörung wurden die Verbalinjurien gegenüber dem CDU-Obmann im kommen-

den Untersuchungsausschuß, Hartmut Schauerte, durch die SPD-Landtagsfraktion zur Kenntnis genommen. Nach Auffassung der Liberalen belastet die SPD mit Begriffen wie „politischer Amokläufer“ für Hartmut Schauerte nicht nur das Klima des Untersuchungsausschusses, sondern des Landtages überhaupt. Allerdings ist diese Entgleisung kein Einzelfall. Die politische Kultur dieses Landes und ein fairer Umgang mit dem politischen Wettbewerber bleiben in letzter Zeit durch den offenkundigen Erosionsprozeß der SPD immer mehr auf der Strecke.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Neue Gefahren durch Kieselrot

Neue Gefahren durch die dioxinverseuchten Kieselrot-Sportplätze sind nach Informationen der Grünen im Landtag durch Untersuchungen in Bremen deutlich geworden. Wie der Bremer Umwelt-Staatsrat Dr. Uwe Lahl den Grünen mitteilte, breitet sich Kieselrot durch Verwehungen und Verschleppungen von den Sportplätzen in „erschreckendem Ausmaß“ in die Umgebung aus: Auf einem Spielplatz neben einem Kieselrot-Sportplatz

wurden 20000 Nanogramm TE (Toxizitätsäquivalente) Dioxin pro Kilogramm Boden gefunden. Das entspricht einem Fünftel der Belastung des Kieselrots — und übersteigt die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Dioxine noch akzeptierte Belastung um das 200fache. Ab 100 Nanogramm empfiehlt die Arbeitsgruppe die Sanierung von Kinderspielplätzen.

Nach Meinung der Grünen sind ähnliche Ergebnisse auch in NRW zu erwarten. Dazu sagt Dr. Katrin Grüber, umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag:

„Auch in NRW müssen Spielplätze und Kleingärten neben Kieselrot-Flächen dringend untersucht werden. Die Landesregierung muß endlich einsehen, daß Kieselrot nicht nur die Sportler/-innen gefährdet, sondern

auch die Kinder, die in der Nähe spielen. Die Sportplätze müssen schleunigst abgedeckt werden. Die Landesregierung hat durch ihre Verharmlosungsstrategie wertvolle Zeit vertan. Wir bedauern, daß die Landesregierung unserem Antrag auf Sicherung und Sanierung der Plätze nicht gefolgt ist. Jetzt ist ein Handeln unausweichlich.“

Auch der Regierungspräsident Detmold beurteilt die Gefahren durch Kieselrot offenbar anders als die Landesregierung. Schon am 23. Januar schrieb er an den Bielefelder Oberstadtdirektor: „Die Lagerung des kontaminierten Materials auf einer offenen Fläche, ohne entsprechende Abdeckung (Kunststoffdichtungsbahn) sowie besondere Behälter (z.B. Big Bags) wird als nicht sachgerecht angesehen.“

## Peter Hüttenberger †

Professor Dr. Peter Hüttenberger, Historiker und Rektor der Universität Düsseldorf von 1980 bis 1983, ist am 12. März 1992 im Alter von 53 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben. Die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf verliert mit Professor Hüttenberger einen hervorragenden Wissenschaftler und Lehrer, das Land Nordrhein-Westfalen einen bedeutenden Historiker. Der aus Bad Kreuznach stammende Hochschullehrer, der 1966 in Bonn mit einer Arbeit über „Die Gauleiter, Wandlungen der Machtverhältnisse im Dritten Reich“ promoviert worden war, wurde 1976 an die Universität Düsseldorf berufen und erhielt den Lehrstuhl für das Fach „Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“. Die Düsseldorfer Universität bekam damit als erste Hochschule der Bundesrepublik einen Fachvertreter für die Kombination Zeitgeschichte und Landesgeschichte. Professor Hüttenberger hat zusammen mit seinen Mitarbeitern und Schülern die fast gänzlich brachliegende Forschung der Geschichte des Landes NRW in Angriff genommen. Zahlreiche Biographien über bedeutende Personen der Zeitgeschichte des Landes entstanden an seinem Lehrstuhl. Die Düsseldorfer Schriftenreihe zur Landesgeschichte wurde von ihm mitgegründet. Erst kürzlich wurde Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) der erste Band der edierten Kabinettsprotokolle NRW übergeben, deren wissenschaftliche Herausgabe in der Hand von Professor Hüttenberger lag. Maßgeblichen Anteil hatte er ferner an der „Düsseldorfer Stadtgeschichte“, die zum 700jährigen Bestehen der Landeshauptstadt erschienen war. Beim Staatsakt zum 40. Geburtstag des Landes NRW hielt er den Festvortrag. Der Verstorbene hinterläßt seine Frau und zwei Kinder.

★

**Peter Hamel**, SPD-Abgeordneter im Landtag von 1970 bis 1975, ist im Alter von 76 Jahren in Lüdenscheid gestorben. Der Kaufmann und Firmeninhaber gehörte der SPD seit 1947 an. Er war stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD Nordrhein-Westfalens. Von 1964 bis 1969 bekleidete er in seiner Heimatstadt das Amt des Bürgermeisters. Ab 1969 war er Fraktionsvorsitzender im Kreisrat Lüdenscheid.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: \* 56801\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN)

*„Die Opposition ist in erster Linie dazu da, Ungereimtheiten in der Regierungsarbeit aufzudecken und eigene Vorschläge einzubringen.“ Dr. Manfred Busch, der finanz- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen, weiß, daß die Aufgabenerfüllung als Landtagsabgeordneter vor allem von der harten Bank einer Oppositionsfraktion aus Kärnerarbeit gleicht. Diese Erfahrung ist für den 37jährigen Düsseldorfer bereits bei Antritt seines Landtagsmandates nichts Neues gewesen. Schon als wissenschaftlicher Mitarbeiter der GRÜNEN-Fraktion im Bonner Bundestag hatte er gelernt, daß zwischen dem Idealbild eines Abgeordneten und der täglichen Sisyphusarbeit Welten liegen können.*

*Dennoch will Busch seine Zeit in der Bundespolitik nicht missen. Hat sie ihm doch das nötige Rüstzeug beschert, um als Neuling im Abgeordnetenamt sofort effektiv an die Arbeit gehen zu können. „Alle Fragen, mit denen wir uns hier in der Landespolitik beschäftigen müssen, haben schon auf Bundesebene eine Rolle gespielt, da war ich für mein jetziges Pensum von Anfang an voll eingearbeitet“, zieht Busch den Vergleich zwischen den Aufgabenstellungen in Bonn und Düsseldorf.*

*Sein Pensum, das ist besonders die Wirtschafts- und die Finanzpolitik. Das nötige theoretische Rüstzeug dafür kommt aus seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, seiner Geburtsstadt. Nach dem Abschluß als Dr. rer. oec. arbeitete Busch dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für theoretische Wirtschaftslehre der Ruhr-Uni.*

*Seine Erfahrungen aus dem Wissenschaftsbetrieb sind allerdings nicht die besten, wie sein rückblickendes Urteil über den Unibetrieb zeigt. Nicht gerade schmeichelhaft ist es besonders für die in der Politik hochangesehenen Wirtschaftsforscher: Wissenschaftliche Arbeit, das hat Busch festgestellt, sei unehrlich, weil interessenengebunden. „Umwelt und Verbraucher haben in den Wirtschaftswissenschaften keinen relevanten Stellenwert. Dabei hat jeder Bürger im Grunde mehr Ahnung von Wirtschaft als mancher Wissenschaftler.“*

*Entsprechend fiel ihm 1983 der Wechsel vom Assistentenjob zur GRÜNEN-Fraktion nach Bonn nicht übermäßig schwer. Noch heute wertet er die Zeit in der Bundeshauptstadt als „spannend“. Und das nicht nur, weil sie ihm die Einarbeitung in sein landespolitisches Aufgabengebiet innerhalb der GRÜNEN-Fraktion, die Haushalts- und Finanzpolitik, erheblich erleichterte. Spannend auch deshalb, weil in diese Zeit die Entwicklung einer ökologisch orientier-*

*ten, „grünen“ Wirtschaftspolitik fiel, an der er als wissenschaftlicher Fraktionsmitarbeiter beteiligt war.*

*„Grün“ zu sein, war und ist für Busch eher eine Frage der Lebenseinstellung, nicht unbedingt der Parteizugehörigkeit. So erfolgte sein Eintritt bei den Grünen auch nicht schon vor Antritt seines Bonner Fraktionsjobs. Erst 1986 wurde er Mitglied im NRW-Landesverband der Partei. Solchermaßen unbelastet von den innerparteilichen Querelen grüner Gründerzeiten, ließ er sich nota bene in die Pflicht nehmen, als es galt, 1988 den aufgefliegenen Finanzskandal aufzuarbeiten. Busch nahm die schwere Aufgabe als Rechnungsprüfer wahr. Das Ergebnis war so überzeugend, daß die Partei ihn Ende 1988 zum Schatzmeister wählte, was er bis zu seiner Wahl in den NRW-Landtag blieb.*

*Die Aufgaben als geschäftsführendes Mitglied des Landesvorstandes für die Übernahme des Abgeordnetenmandats aufzugeben, ist Busch indes nicht allzu schwer gefallen, ist es ihm doch jetzt möglich, an die politische Arbeit anzuknüpfen, die er in Bonn auf Bundesebene begann, und die er, übertragen auf die landespolitischen Bedingungen Nordrhein-Westfalens, in Düsseldorf fortsetzen möchte.*

*Busch sieht sich und seine Partei durchaus nicht als wirtschaftsfeindlich an. Die Grünen verstanden sehr wohl die Motive und Interessen der Unternehmer, versichert er. Seine Kritik am unternehmerischen Handeln setzt aber da an, wo es zur Belastung der Umwelt führt. Auf diesem Sektor würde er noch gerne weitere Überzeugungsarbeit leisten, gerade bei der breitgefächerten mittelständischen Unternehmerschaft. Doch auch den Landtagsabgeordneten Busch holt die Routine des politischen Tagesgeschäfts nur allzu schnell und immer wieder ein. Und die bedeutet in der politischen Opposition nun einmal: Kontrolle der Regierenden.*

Sievert Herms

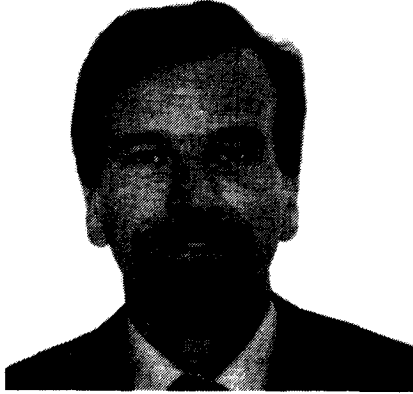
(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 26. März bis 7. April 1992

- 26. 3. Irmgard Schmid (SPD), 47 J.
- 29. 3. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), 57 J.
- 29. 3. Marie-Luise Morawietz (SPD), 60 J.
- 30. 3. Helmut Diegel (CDU), 36 J.
- 31. 3. Dr. Manfred Dammeyer (SPD), 53 J.
- 31. 3. Ulrich Schmidt (SPD), 50 J.
- 31. 3. Rolf Krieger (CDU), 52 J.
- 1. 4. Jürgen Büssow (SPD), 46 J.
- 1. 4. Heidemarie Berger (SPD), 48 J.
- 2. 4. Annelie Henseler-Kever (SPD), 45 J.
- 2. 4. Jarka Pazdziora-Merk (SPD), 43 J.
- 3. 4. Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.), 59 J.
- 5. 4. Karl Knipschild (CDU), 57 J.
- 6. 4. Maria Theresia Opladen (CDU), 44 J.
- 6. 4. Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), 40 J.
- 7. 4. Helmut Kupski (SPD), 60 J.
- 7. 4. Paul Mohr (CDU), 56 J.
- 7. 4. Helmut Marmulla (SPD), 59 J.
- 7. 4. Bärbel Wischermann (CDU), 48 J.



Dr. Detlev Hüwel

### Landespressekonferenz

### Korrespondenten stellen sich vor

Dr. Detlev Hüwel (40) volontierte nach dem Abitur bei der Rheinischen Post, war Redakteur in Solingen und studierte anschließend an der Universität Düsseldorf Geschichte und Sozialwissenschaften. Nach Forschungsarbeiten in London promovierte er 1979 mit einer Biographie über den ersten gewählten Ministerpräsidenten von NRW, Karl Arnold (das Buch erschien 1980 im Hammer-Verlag). Hüwel arbeitete anschließend in der Nachrichtenredaktion der Rheinischen Post, bis er im Oktober 1991 für dieselbe Zeitung die Aufgabe des Landeskorrespondenten übernahm. Hüwel ist verheiratet und hat eine Tochter. Die Familie lebt in Kaarst und hat somit (fast) Blickkontakt zur Landeshauptstadt.

**Hans-Joachim Kuhl** F.D.P.-Landtagsabgeordneter, wurde am 14. März 1992 von den Delegierten des Bezirksverbandes Niederrhein (Krefeld, Duisburg, Mönchengladbach, Kreise Wesel, Kleve, Viersen) zum Vorsitzenden des F.D.P.-Bezirksverbandes Niederrhein, des viertgrößten im Land NRW, gewählt. Kuhl trat die Nachfolge des bisherigen Vorsitzenden, **Ulrich Mischke**, an.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Das Schiff soll schon gechartert sein für die Rückkehr des Reiterstandbilds Wilhelms I. auf den seit Kriegsende verwaisten Sockel am Deutschen Eck in Koblenz. Unweit des Düsseldorfer Landtags, in der im Hafen gelegenen Kunstgießerei Kittl, wird letzte Hand an das monumentale, 14 Meter hohe und 40 Tonnen schwere Standbild (Bild) gelegt. Nach den Vorstellungen der „Bürgerinitiative Deutsches Eck“ und des Stifters der Statue, des früheren Verlegers der Rhein-Zeitung, Werner Theisen, soll der deutsche Kaiser am 16. Mai dieses Jahres wieder seine alte Stellung beziehen und damit die fast 40 Jahre Widmung des Standorts am Zusammenfluß von Mosel und Rhein als „Symbol für die unvollendete Einheit unseres Vaterlandes“ auch augenfällig beenden. So sieht es jedenfalls der Stiftungsvertrag vor, den Theisen mit der früheren CDU-Landesregierung von Rheinland-Pfalz abgeschlossen hat und auf dessen Einhaltung durch die Regierung des SPD-Ministerpräsidenten Rudolf Scharping der Stifter besteht. Schon Ende 1990 hatte ein Reiterstandbild, das des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III., die Kunstgießerei verlassen, um auf dem früheren Standort, dem politisch weniger sensiblen Kölner Heumarkt, unter Anteilnahme der Bevölkerung aufgestellt zu werden. Foto: Kellner